Bezugspreis für März durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk. Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450
Geschäftsstelle Münster Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. 78. Rheine, Emsstraße 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr Hübgen Berlin SW 68. Perl Hedemannstraße 5 Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- u. Vergnügungs-Anzeigen 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg Familien-Anzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht
Postscheck-Konto Köln 42 114 Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, den 17. März 1927.

76. Jahrgang. Nr. 268

Der Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

w **Berlin**, 16. März. (Tel.) Die „Deutsche diplomatische Korrespondenz" beschäftigt sich heute mit dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Den Ausführungen der Korrespondenz zufolge liegen zurzeit noch zwei Punkte vor, über die bisher noch keine Einigung bzw. Verständigung erzielt ist. Einmal handelt es sich um die Festlegung einer Basis für die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag und der letzte Punkt bezieht sich in der Hauptsache auf eine Einigung und Verständigung. Die Verhandlungen hierüber haben zur Fixierung eines Protokolls geführt, das deutscherseits bereits genehmigt und französischerseits auch bereits genehmigt sein dürfte. Das Protokoll enthält drei wesentliche Fortschritte: 1. Von französischer Seite wird auf die frühere beanspruchte 14-monatige Karenzperiode, während der eine Differenzierung zugunsten der französischen Industrie eintreten sollte, um sie nicht mit einem Schlage der überlegenen deutschen Konkurrenz auszusetzen, Verzicht geleistet. 2. Gegenüber dem bisherigen französischen Standpunkt ist festgestellt, daß bei Gewährung von Zollbedingungen deutscherseits auch die französischen Sätze des Minimaltarifs für die Dauer des Vertrages gebunden werden sollen. 3. Während bisher die Sätze des französischen Minimaltarifes als unabänderlich galten, sind nach den Stipulierungen des Protokolls etwa notwendige Abweichungen wenigstens nicht ausgeschlossen. Zu dem anderen Verhandlungsgegenstand, der sich auf das bis zum 31. Mai laufende Provisorium bezieht, teilt die Korrespondenz mit, daß die deutsche Delegation ermächtigt worden ist, über die Frage der von französischer Seite hinsichtlich der Weinausfuhr gestellten Forderungen zu verhandeln und ein bestimmtes Kontingent für die französische Weineinfuhr anzubieten. Nach dieser grundsätzlichen deutschen Bereitschaft liegen die Schwierigkeiten nunmehr in der Höhe des Kontingents, das Frankreich fordert und in der Festlegung der Gegenkonzessionen, die für die deutsche Ausfuhr französischerseits zu machen sind, wobei noch besonders zu berücksichtigen wäre, daß Weine als Stapelgut in Steuerkontingenthöhe nach Deutschland abgeschickt werden könnten, während es fraglich wäre, ob die deutsche Industrie für einen Teil des ihr zugestandenen Kontingents in Frankreich die Abnehmer finden würde. Die Korrespondenz kommt zu dem Schluß, daß also hinsichtlich der Grundlagen der endgültigen Handelsvertragsverhandlungen durch das Protokoll zweifellos ein Fortschritt erreicht werde, in Bezug auf konkrete Verhandlungsgegenstände aber noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein werden.

Die Finanzbesprechungen beim Reichskanzler.

s **Berlin**, 16. März. (Drahtbericht uns. Berliner Schriftlg.) In der interfraktionellen Verhandlung, die heute nachmittag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Regierungsparteien stattfand, gab der Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Darlegung der Finanzlage des Reiches und des Verhältnisses der Reichsfinanzen gegenüber den Gesamtbeschlüssen der Ausschüsse. Es wird sich nach den Darlegungen des Finanzministers nicht umgehen lassen, erneut Abstreichungen zu machen. Bekanntlich waren zuerst 1125 Millionen vorgesehen, die dann auf 900 Millionen reduziert wurden, die aber nunmehr noch um eine gewaltige Summe weiter reduziert werden müsse. Unter diesen Umständen ist es leicht möglich, daß die vollständige Durchführung des Mittellandkanal-Projektes unterbleiben muß. Das Kabinett wird sich morgen vormittag mit dieser Frage beschäftigen und darüber einen Beschluß fassen.

Zum Bau des Mittelland-Kanals.

= **Berlin**, 15. März. Auf eine Kleine Anfrage im preußischen Landtag, ob es richtig sei, daß im Reiche starke Kräfte am Werke seien, die unter angeblicher Förderung der neuen Reichsregierung die Vollendung des Mittellandkanals verhindern wollen, erwidert, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Landwirtschaftsminister, daß die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, das Projekt des Mittellandkanals solle fallen gelassen werden, nicht zutreffend ist. Die Stellung der Reichsregierung zu der Frage der Vollendung dieses Kanals hat sich nach Mitteilung des Reichsverkehrs-Ministers nicht geändert. Sie ist nach wie vor bemüht, den mit den Ländern vereinbarten Bauplan durchzuführen. In der kürzlich erfolgten vorläufigen Aussetzung der Zuschlagserteilung für einige größere Erdarbeiten, sei eine Abweichung von der hinsichtlich des Mittellandkanals bisher erfolgten Politik der Reichsregierung nicht zu erblicken. Diese Maßnahme sei bedingt durch die Verzögerung, die in der Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Wasserstraßen) eingetreten ist. Es erschien nicht angängig, der dem Reichstag zustehenden und in kurzem zu erwartenden Entscheidung über den Haushalt durch Eingehen neuer erheblicher finanzieller Verpflichtungen vorzugreifen.

Der vorläufige Finanzausgleich.

vdz **Berlin**, 16. März. (Tel.) Der Steuerausschuß des Reichstages setzte heute die allgemeine Aussprache über den vorläufigen Finanzausgleich fort. Abg. Brüning (Ztr.) erklärte den Vorwurf, das Kompromiß der Reichsparteien bevorzuge die agrarischen Länder, für gegenstandslos. Unverständlich sei auch Preußens Widerstand gegen die neuen Biersteueranteile der süddeutschen Länder. Der Redner warnt vor der Illusion, daß eine Verwaltungsreform sofort Ersparnisse mit sich bringe. Sie wirke sich erst nach Jahrzehnten aus. Eine grundsätzliche Abkehr von der Rheinboldschen Politik kann der Redner nicht erblicken. Es handele sich doch nur um eine Erhöhung der Garantiesumme, infolge erwarteter höherer Steuereingänge.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) erklärt die Empfindlichkeit des Ministers gegenüber der Opposition für sachlich unbegründet. Über das Abkommen mit Bayern erwarte der Redner eine Auseinandersetzung im Plenum. Wer eine Katastrophe durch das Fortwursteln vermeiden wolle, der müsse die Gesamtlasten dadurch beschränken, daß die Einnahmen vermindert werden. Den Anfang müsse man also mit Steuersenkungen machen. Daß man das nicht tue, das sei eben die Abkehr von der Rheinboldschen Politik. Der Redner berechnet die Ersparnisse der Länder und Gemeinden infolge Wegfalls der Erwerbslosen-Unterstützung auf 350 Millionen. Wie könne der Finanzminister da die Garantie von 2,2 auf 2,6 Millionen erhöhen, und die Biersteueranteile vermehren. Eine Änderung der Anteile sei zum mindesten eine Verfassungsänderung. Der Redner verlangt eine feste Summe für die Zuweisungen von etwa 2,5 Milliarden oder wenigstens eine Herabsetzung der Garantie auf 2,4 Milliarden. Im Herbst 1928 vor den Wahlen werde kein Reichstag einen endgültigen Finanzausgleich fertigstellen. Darum dürfe das Provisorium nur auf ein Jahr gelten.

Der Vorsitzende Abg. Keil (Soz.) machte Mitteilung davon, daß die Abg. Dietrich-Franken, Dr. Feder, Dr. Frick, Graf Reventlow, Stehr und Strasser aus der Völkischen Fraktion ausgetreten seien. Die Konsequenzen, die sich daraus für die Ausschüsse ergeben, können erst gezogen werden, wenn der Ältestenrat des Reichstages dazu Stellung genommen habe.

Staatssekretär Dr. Popitz erklärte, daß die Erwerbslosenfürsorge 1,3 Milliarden gebracht habe; davon entfielen 590 Millionen Beiträge auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer usw., 670 Millionen gehen zu Lasten der öffentlichen Körperschaften, und 40 Millionen Krisenfürsorge. Davon wurden von den Gemeinden 150, den Ländern 250 und vom Reich 270 Millionen aufgebracht. Falls die Beträge in diesem Jahre die gleiche Höhe wie im vorigen Jahre erreichen, würde den Ländern und Gemeinden eine Last von 400 Millionen abgenommen. Die Biersteuerverteilung hielt der Staatssekretär nicht für eine Verfassungsänderung.

Der Vertreter Sachsens, Ministerialdirektor Sichart, erklärte, Sachsen habe das Bestreben, die Gewerbesteuer unter allen Umständen zu senken.

Darauf vertagte der Steuerausschuß seine Weiterberatung auf Donnerstag.

Die Lage der Landwirtschaft.

Etatsrede des Ernährungsministers im Reichstage.

pd **Berlin**, 16. März.

Vizepräsident **Graef**-Thüringen eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushaltes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Abg. **Dietrich**-Baden (D) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuß fordert besonders Maßnahmen die der Verschuldung in der Landwirtschaft entgegenwirken.

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele:

Niemand habe ein stärkeres Interesse an einer leistungsfähigen Wirtschaft als gerade die Verbraucher, die städtische Bevölkerung. Deshalb umfasse der Aufgabenkreis seines Ministeriums das ganze Volk in den wichtigsten Fragen seiner Existenz. Unsere Landwirtschaft als den Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens müsse in der Gesamtwirtschaft und in der Gesamtpolitik die Stellung gegeben werden, die ihr als den größten deutschen Erwerbszweig, dem Quell aller Volkskräfte und ein Hort bodenständiger vaterländischer Kultur gebühre. Die gegenwärtige Versorgungslage gebe keinen Anlaß zu Besorgnissen. Umso größer seien die Sorgen und die Verantwortung bei der Betrachtung der künftigen Entwickelung unserer Volksernährung. Die Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel betrug in den letzten beiden Jahren rund vier Milliarden Mark Eine starke Verminderung dieser Einfuhr ist unbedingt notwendig. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik muß die Ausgeglichenheit unserer Wirtschaft im eigene Lande sein, ein Agrar- und Industriestaat. Die Lage der Landwirtschaft beweist, daß wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind. Fast alle handelspolitischen Abschlüsse der letzten Jahre sind erkauft auf Kosten der Binnenwirtschaft. Der krisenhafte Zustand der Landwirtschaft besteht fort und rechtfertigt ernsteste Besorgnisse. Die Ungunst der Witterung und die schweren Elementarschäden des vorigen Jahres haben die Lage verschärft. Die günstige Preisgestaltung seit dem letzten Herbst konnte von der Landwirtschaft nicht ausgenutzt werden wegen des schlechten Ernteausfalles, der beim Brotgetreide einen Mindererertrag von etwa 30 Prozent, bei den Kartoffeln von 28 Prozent bedeutet. In den drei Jahren der Stabilisierung ist der Landwirtschaft weiter eine Schuld aufgebürdet worden, die mehr als die Hälfte der gesamten Vorkriegsverschuldung erreichte. Besonders hoch verschuldet sich die Gebiete des Ostens, nämlich mit 360 bis 500 Mark pro Hektar und 28 bis 44 Mark Zinsen je Hektar. Unter dankenswerter Mitwirkung der Golddiskontbank und der Rentenbankkreditanstalt ist eine gewisse Konsolidierung erreicht. Das Bedürfnis nach Ermäßigung der Hypothkenzinsen ist aber besonders dringend. Trotz aller Enttäuschung wird die Landwirtschaft in ihrer vaterländischen Aufgabe, der Versorgung mit Nahrungsmitteln, nicht erlahmen. Die wichtige technische Vorbedingung für den Erfolg der landwirtschaftlichen Arbeit ist die landwirtschaftliche Melioration. Der Gedanke der Unterstützung dieses Werkes auf dem Wege der Zinsverbilligung aufzunehmender Privatkredite erscheint der Reichsregierung durchaus beachtenswert. Sie ist bereit, in Gemeinschaft mit den Ländern für diesen Zweck einen Betrag zur Verfügung zu stellen, der die Aufnahme erheblicher Kapitalien auf dem freien Markt gewährleistet. Der agrarische Zollschutz ist nicht als ein Geschenk für die Landwirtschaft zu betrachten, sondern als eine Sicherungsmaßnahme für die zukünftige Ernährung und Existenz der städtischen Verbraucher. Die Steigerung des Hackfruchtbaues, vor allem in unserem Osten, kann zur Unterbringung einer großen Anzahl neuer Arbeitskräfte führen und bedeutet deshalb das wichtigste Mittel zur Ueberwindung der Arbeitskrise. In der Landwirtschaft liegen noch große Möglichkeiten für die Steigerung der Beschäftigungsziffern. Die Nahrungsmitteleinfuhr wirkt geradezu als eine Aussperrung deutscher Arbeitskräfte. Auch die deutsche Arbeiterschaft wird erkennen, daß der einheitliche Plan einer nationalen Wirtschaftpolitik durch Intensivierung der Landwirtschaft eine starke und günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt haben muß. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Arbeiterschaft. Die richtige Produktionspolitik ist zugleich auch die wirksamste Lohnpolitik. Wir brauchen ein soziales Agrarprogramm, das neue Aussichtsmöglichkeiten zur Selbständigkeit und zum Eigentum erschließt. Innere Kolonisation ist das wichtigste Hilfswerk für die Umschichtung unserer Bevölkerung und für die Lösung des Kernproblems unserer Volkswirtschaft, aber wir können die Landflucht nur bannen, wenn wir durch eine zielklare und einheitliche Wirtschaftspolitik den Erfolg der bäuerlichen Arbeit sichern. Darin liegt die beste Sicherung unserer Zukunft für Staat und Volk. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Schmidt**-Cöpenick (S) erinnert daran, daß in der Inflationszeit, als es der Landwirtschaft glänzend ging, Schiele prophezeit habe, das nur die freie Wirtschaft helfen könne. Hoffentlich wird er jetzt auch gegen jede Staatsunterstützung und jede Subvention auftreten. Die Preisschere habe sich zugunsten der Landwirtschaft geschlossen. Die ostpreußische Landwirtschaftskammer habe behauptet, daß 1924 in Ostpreußen in den landwirtschaftlichen Betrieben ein Defizit von 200 Millionen zu verzeichnen war. Diese Notschilderung muß man als Bluff bezeichnen. Es ist eine Unverfrorenheit, die Oeffentlichkeit bewußt zu täuschen. Die preußische Hauptlandwirtschaftskammer erhebt mit aller Schärfe Einspruch gegen die Erhöhung der Kalipreise; da Vertreter der Landwirtschaft im Kalirat für Erhöhung der Kalipreise gestimmt haben, handelt es sich wieder um einen Bluff und Heuchelei. (Unruhe rechts.) Robert Schmidt habe im vorigen Jahre die Verschuldung der Landwirtschaft mit etwa vier Milliarden berechnet. Trotzdem spreche man jetzt von einer Schuldenbelastung in Höhe von neun bis zehn Milliarden Mark (Hört! hört! links). Bei den Genossenschaften des Reichslandbundes sind seit der Stabilisierung in 14 Fällen nicht weniger als 3½ Millionen Mark Verluste zu verzeichnen, darunter direkte Unterschlagungen. (Hört! Hört! links.) Wo ist da die moralische Entrüstung bei den deutschnationalen Sittenwächtern. (Unruhe recht. Zustimmung links.) Wenn die Landbevölkerung immer mehr das Land verläßt, so sind die niedrigen Löhne daran schuld. Dabei hat die Landwirtschaft durch die Preissteigerung der wichtigsten Getreidesorten eine erhebliche Mehreinnahme erzielt.

Abg. **Thomsen** (Dn) dankt dem früheren Minister Haslinde für die der Landwirtschaft geleisteten Dienste. Wenn es gelungen zu sein scheine, in Volkskreisen, die früher der Landwirtschaft verständnislos gegenüberstanden, das Verständnis für die Bedeutung einer eigenen bodenständigen und leistungsfähigen Landwirtschaft zu wecken, so ist diese innere Wandlung zum Teil dem bedeutsamen programmatischen Aeußerungen des Ministers Haslinde zu verdanken Leider haben sich die Hoffnungen, die die Landwirtschaft auf diese Kundgebungen setzte, nur zum kleinen Teile verwirklicht. Die zoll- und handelspolitischen Bindungen sind von der letzten Mehrheit des Reichstages auf dem Rücken der Landwirtschaft abgeschlossen worden. Wir billigen, so erklärt der Redner, die Erklärungen des Ministers. Die Landwirtschaft muß gegen die übermächtige Konkurrenz des Auslandes wirksam geschützt werden. Bei dem endgültigen Tarif mit Frankreich muß noch mehr für den verstärkten Schutz unseres Obst- und Gemüsebaues herausgeholt werden. Mit Sorge verfolgt die Landwirtschaft auch die Verhandlungen mit Polen. Die erleichterte Zulassung eines Kontingents lebender Schweine nach Oberschlesien unddarüber hinaus von geschlachteten Schweinen würde die Schweinezucht einfach zum Erliegen bringen. Noch immer wartet die Landwirtschaft auf die Erhöhung der Zuckerzolles. Die hohen Verschuldungen in der Landwirtschaft müssen aus der Welt geschafft oder mindestens erleichtert werden. Redner schließt mit einem Hinweis auf die Bedeutung der ländlichen Siedlung (Beifall rechts.)

Abg. **Perlitius** (Z) weist darauf hin, daß der Uebergang von der Inflation zur Deflation für die Landwirtschaft außerordentlich schwierig sei. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß für drei Milliarden Nahrungsmittel eingeführt werden mußten, davon für zwei Milliarden rein landwirtschaftliche Erzeugnisse. Bei ihren großen Aufgaben bedürfe die Landwirtschaft dringend eines Schutzes. Der Redner fordert Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, besonders bei den bäuerlichen und Kleinbetrieben. Ferner verlangt er Mittel zur Ausbildung von Fachleuten im Molkereiwesen, zur Förderung der bäuerlichen Salzbauereien und zur Ausführung von Studienreisen ins Ausland. Weiter verlangt er zum Schutze der einheimischen Geflügelhaltung und Eierverwertung eine deutliche Kennzeichnung der aus dem Auslande stammenden Eier. Bei den Handelsvertragsverhandlungen dürften die Interessen der Landwirtschaft nicht vergessen werden. Auf Grund der Fleischzölle sei es gelungen, den Viehbestand fast wieder auf den Friedensstand zu bringen. Besonderer Hilfe bedürften die östlichen Bezirke, vornehmlich Schlesien.

Abg. **Hepp** (DV) erkennt an, daß alle Parteien jetzt von der Bedeutung der Landwirtschaft überzeugt und darin einig seien, daß die Hebung der Produktion mit allen Mitteln erreicht werden müsse. Auch die Landwirtschaft befinde sich in einem Nationalisierungsprozeß. Besondere Bedeutung komme dem ländlichen Schulwesen zu. Die Landwirtschaft sei bestrebt, die technischen Errungenschaften der Neuzeit in steigendem Maße sich nutzbar zu machen. Die gesamte deutsche Landwirtschaft bekenne sich durchaus zu einer fühlbaren Sozialpolitik. Durch den Schutz der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz muß die Landwirtschaft gestärkt werden für die besonderen sozialpolitischen Leistungen. Wie gerechtfertigt die Schutzzoll- und Handelspolitik der letzten Jahre war, zeige sich bereits auf dem Gebiete der Viehzucht, wo erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Die Frage der ländlichen Siedlung müsse nach großzügigen Plänen behandelt werden. Der Siedler müsse auf der Scholle sein Auskommen finden. Niemand wolle etwa ein neues Proletariat im Osten schaffen. Der Redner fordert baldige Erhöhung des Zuckerzolles und Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft, die 10 Milliarden Lasten zu tragen habe.

Abg. **Hörnle** (K) verlangt eine Arbeiter- und Bauernregierung. Er tritt für Beseitigung der Schutzzölle ein und fordert besonders völlige Zollfreiheit der wichtigsten Lebensmittel. Er beantragt ein Notgesetz zum Schutze der bäuerlichen und kleingewerblichen Familienbetriebe vor Zwangsenteignung. Fünfzig Millionen Mark sollten den bäuerlichen Betrieben für Düngemittel und Saatgut vorgestreckt werden.

Abg. **Dietrich**-Baden (D) übt lebhafte Kritik an den Bedingungen der Hypothekenbanken, die den Eindruck hervorrufen müßten, als seien die Bauern lauter unsolide Existenzen. Die Rentenbankkreditanstalt müsse sich überlegen, ob sie Hypotheken nicht direkt den Bauern oder ihren Genossenschaften geben könne. Redner wendet sich besonders gegen die Roggenrentenbriefe, die den Schuldner auf die Dauer mit Sicherheit ruinieren. Wenn nicht rechtzeitig etwas geschehe, werde man die Gerichte eines Tages vor sehr schwierige Aufgaben stellen und einen Sturm in der Oeffentlichkeit hervorrufen. Den Hauptanteil an der Lebensmitteleinfuhr hätten die bäuerlichen Produkte. Die Demokraten seien immer für Zölle gegen solche Einfuhren gewesen Allerdings müsse man auch die Marktfähigkeit der Bäuerlichen Produkte Deutschlands steigern Redner fordert langfristige verbilligte Kredite zur Einrichtung von Glashauskulturen für Obst und Gemüse. Wünschenswert sei auch eine Statistik darüber, wieviel Steuern der Großgrundbesitz bezahle und wieviel die Bauern. Man dürfe nicht eine Politik des Großgrundbesitzes machen, sondern notwendig sei eine Bauernpolitik.

Abg. **Kerschbaum** (Bayer. Bb.) bezeichnet den Bauernstand als das Fundament des Staates. Deutschland werde mit fremden Lebensmitteln überschwemmt, während Industriezölle gleichzeitig den Bauern alle Bedarfsgegenstände verteuern. Der Redner stellt fest, daß die ganze Milcheinfuhr im Werte von 400 Millionen erspart werden könne, wenn jede Bauernwirtschaft mit 12 Kühen pro Kuh und Tag einen halben Liter mehr erzeuge. Ein Pfennig Steuersteigerung habe in Berlin gleich 10 Pfg. Milchverteuerung veranlaßt.

Abg. **Diernreiter** (Bayer. BP) fordert baldige Vorlegung eines Gesetzes über den Verkehr mit Handelsdüngemitteln, insbesondere zum Schutze der kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe.

Abg. **Weidenhöfer** (Völk.) wirft den Sozialdemokraten Hetze gegen den Großgrundbesitz vor. Zu begrüßen sei jede Nutzbarmachung unkultivierten Bodens.

Abg. **Schumann**-Stettin (S) weist darauf hin, daß Deutschland von jeher eine starke Einfuhr gehabt habe, und heute mehr denn je darauf angewiesen sei. Die Düngung habe gute Fortschritte gemacht, reiche aber zur gänzlichen Befriedigung des eigenen Bedarfes nicht aus. (Der Abg. Weidenhöfer wird nachträglich zur Ordnung gerufen, weil er von dem Abg. Schmidt-Cöpenick behauptet hatte, er habe von Bullenmist geredet.)

Abg. **Graf zu Eulenburg** hebt die besonders schwierige Lage der ostpreußischen Landwirtschaft hervor. Durch Entwässerung der Böden und Schaffung der erforderlichen Vorflut würde der Ertrag dieser Ländereien erheblich gesteigert werden.

Um 8 Uhr abends betantragte Abg **Torgler** (K) nach siebenstündiger Sitzung Abbruch der Verhandlungen und bezweifelt die zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Präsidium zweifelhaft bleibt, muß Auszählung erfolgen. Sie ergibt die Anwesenheit von nur 224 Abgeordneten. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden. Der Vizepräsident beraumt aber unter großer Unruhe der Linken sofort eine neue Sitzung auf ½9 Uhr an.

Die neue Sitzung.

Vizepräsident **Dr. Rießer** eröffnet die neue Sitzung um ½9 Uhr.

Abg. **Creutzburg** (K) bezweifelt erneut die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Präsidium muß feststellen, daß das Haus nicht beschlußfähig ist. Die Sitzung muß daher abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung des Haushaltes des Reichsernährungsministeriums. Schluß 8,45 Uhr.

Kultusminister Dr. Becker über Schule und Konkordat.

tu **Berlin**, 16. März. (Tel.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung des preußischen Landtages stellte

Abg. **Heilmann** (Soz.) gegenüber der gestrigen Behauptung des Abg. Pieck (Komm.) fest, daß er Jürgens nicht ins Innenministerium berufen habe, ferner, daß er Jürgens weder jemals gesehen noch mit ihm zusammengekommen sei.

Das Haus erledigt dann ohne Aussprache die erste Beratung einiger kleiner Regierungsvorlagen und setzte alsdann die zweite Beratung des Kultushaushaltes fort.

Kultusminister Dr. Becker

erklärte zunächst, die Behauptung, daß sich Deutschland im Stadium des kulturellen Niederganges befinde, sei nicht zu bezweifeln. Es sei aber schmerzlich, wenn wegen der tatsächlich schlechten finanziellen Lage Preußens auf kulturellem Gebiet enge Schranken gezogen seien. Trotzdem müsse er dankbar anerkennen, daß der Finanzminister in manchen Punkten ihm entgegengekommen sei und es ihm noch bei den diesmaligen Etatsberatungen im Hauptausschuß ermöglicht habe, mehrere Millionen mehr für die Junglehrer in den Etat einzusetzen. Es handele sich um eine Notstandsmaßnahme. Es dürfe nicht verkannt werden, daß die erstmalig in den Etat eingesetzten 3½ Millionen als erste Rate für ein großzügiges Bauprogramm zur Modernisierung unserer Kliniken und Instandsetzung der Technischen Hochschulen einen wesentlichen Schritt vorwärt bedeuteten. Insgesamt solle dieses Bauprogramm sich auf 32 Millionen Mark belaufen. Die Kulturfrage sei so entscheidend, daß keine Volksverwaltung darauf verzichten könne. Trotz der Bewilligungsfreudigkeit sei jedoch das Ergebnis ein relativ geringes. Eine Fülle von Ausgaben verschlinge große Mittel, insbesondere die Pflege der freien Wissenschaft, der Volksbildung und der Kunst. In diesem Jahre sei es dank dem Entgegenkommen des Finanzministers möglich gewesen, den eigentlichen Volksschulbildungsfonds von 25 000 auf 50 000 Mark zu erhöhen. Trotz der geringen Höhe dieser Mittel sei auf diesem Gebiete Erstaunliches geleistet worden. Die preußische Hochschulpolitik habe starken Einfluß auf die Entwickelung des Hochschulwesens gewonnen. Der Minister gedachte dann der Pflege der Landesbühne und ähnlicher Theater-Organisationen.

Zur Konkordatsfrage führte der Minister aus: Auch heute noch und bis auf weiteres befänden sich alle Erwägungen in dieser Sache durchaus im Stadium der Prüfung. Die Behauptung der Presse, der Abschluß des Konkordats stehe unmittelbar bevor, sei daher ebenso unrichtig wie früher. In der „Täglichen Rundschau" sei gestern abend ein Artikel über das Konkordat erschienen, worin weitgehende Erwägungen geknüpft worden seien an eine am 4 März in der „Voss. Ztg." erschienenen Notiz Diese Notiz werde dort als offiziös gehalten. Der Minister erklärte demgegenüber ausdrücklich, daß diese Notiz weder offiziell noch offiziös von der Staatsregierung stamme.

Die Parität müsse in politisch vernünftiger Form hergestellt werden. Der jetzige Zustand bezüglich des Reichsschulgesetzes sei für die Verwaltung unerträglich. Eine spätere Zeit werde der Staatsregierung keinen Vorwurf daraus machen, wenn es zu Schulstreiks gekommen sei. Der Minister betonte, er halte eine einheitliche Schulform heute für unmöglich. Die Reichsverfassung sehe zwar die Simultanschule als Regelschule vor, aber in der Praxis werde voraussichtlich die Konfessionsschule die Regelschule werden. Er persönlich bedauere das. Die staatliche Schulaufsicht müsse erhalten bleiben. Die Entschädigungspflicht gegenüber den Privatschulen sei baldigst reichsgesetzlich zu regeln. Der Kirche solle im Rahmen der Verfassung ihr Recht werden. Es dürfe aber nicht dahin kommen, daß die geistliche Schulaufsicht, deren Abschaffung eine der größten Errungenschaften der Revolution gewesen sei, durch eine Hintertür wieder eingeführt werden Eine Verständigung über alle Fragen sei notwendig. Der Minister betonte, daß sein bekannter Erlaß über die politische Betätigung der Lehrer lediglich die Konsequenz aus einer konstanten Rechtsprechung des Disziplinarhofes gewesen sei Von irgendeiner Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit seiner Beamten sei nicht die Rede gewesen. Der Erlaß gehe vielmehr von der moralischen, besonders gehobenen Stellung der Lehrer aus.

Die Verhandlungen mit den Korporationen der Hochschulen werden auch in diesem Jahre fortgesetzt werden, so daß eine Gesundung der Verhältnisse zu erwarten sei. Die studentische Selbstverwaltung sei ein großer Fortschritt. Aber man könne sich nicht von einer verschwindend geringen völkischen studentischen Minderheit terrorisieren lassen. Zum Schluß betonte der Minister, daß er Angriffe gegen seine Beamten wegen ihres Judentums mit allen Mitteln zurückweisen müsse.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wandte sich

Abg. **Kleinspehn** (S) gegen die hohen Zuschüsse an die Kirche. Der Minister müsse gegen die rigorose Handhabung der Kirchensteuerpflicht vorgehen. Die Kirchen verlangten unberechtigterweise hohe Aufwertung ihrer Vermögen. Gegen die aus der Kirche austretenden Arbeitnehmer werde ein wirtschaftlicher Boykott geübt.

Abg. **Koch** (Dn) stimmte den Ausführungen des Ministers über das Reichsschulgesetz zu, bekämpft aber seinen Erlaß über die politische Betätigung der Lehrer. Es sei zu verurteilen, wenn wohlhabende Leute aus der Kirche austreten, nur um die Kirchensteuer zu sparen. Die 1925 erhobene Kirchensteuer in Höhe von 18prozentigem Zuschlag zur Reichseinkommensteuer sei allerdings zu hoch.

Abg. **Linneborn** (Z) versuchte darzulegen, daß der katholische Volksteil unter der bestehenden Imparität leide. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wünsche die konfessionelle Schule. Das Zentrum wolle den Schutz der Gewissensfreiheit. Der Beschluß des Konkordats sei auch vom Standpunkt des Staates aus notwendig. Es müsse der katholischen Kirche dasselbe zugestanden werden, was die evangelische Kirche bereits erhalten habe. Der Kultusminister habe mit seinen Aeußerungen über das Konkordat durchaus zur Beruhigung beigetragen. Er müsse die Verhandlungen in ruhiger Sachlichkeit weiterführen. Zu bedauern sei, daß der Kampf um das Konkordat von gewissen evangelischen Stellen ausgehe.

Abg. **Dr. Kriege** (DV) weist die Angriffe wegen der Steuerveranlagung gegen die Kirchenbehörden als unberechtigt zurück. Der Vorwurf, daß die Staatsbehörde die Kirchensteuern zu unrecht erhebe, sei nicht stichhaltig. Die Aufgaben der Kirche seien niemals so wichtig gewesen wie gegenwärtig Deshalb sei die finanzielle Beihilfe durch den Staatshaushalt zu begrüßen. Redner fordert bei der Neuschaffung von Steuerstellen größeres Entgegenkommen.

Abg. **Kilian** (K) erklärte, die Deutsche Republik gäbe für den Reichswehretat mehr als für Kulturarbeiten. Den Gemeinden sei es wegen ihrer schlechten finanziellen Lage unmöglich, für Kulturaufgaben Geld auszugeben Die Prügelstrafe müsse abgeschafft werden. Die Junglehrer sollten ruhig nach wie vor ihre Forderungen auch mit politischen Mitteln durchsetzen.

Im weiteren Verlauf betonte

Abg. **Graue** (D), seine Fraktion sei über die Erklärung des Ministers, daß Erwägungen über das Konkordat noch im Stadium der Prüfung seien, beruhigt. Die Frage, in welcher Form das Konkordat geschaffen werden solle, sei nach den Erklärungen des Ministers noch offen. Jedes Hineinziehen von Schulfragen

in ein Konkordat sei für die Demokraten ausgeschlossen. Der Staat müsse Schulherr bleiben. Die konfessionellen Schulen lehnten die Demokraten ab, ebenso die Förderung der kleineren Religionsgesellschaften, da diese dadurch ihre Eigenart verlieren würden. Die heute vom Minister geäußerte Auffassung, daß in Zukunft die konfessionellen Schulen Regelschulen sein werden, sei bedenklich.

Minister Dr. Becker erwiderte, er habe nur gesagt, daß die Konfessionsschule in Zukunft praktisch überwiegen werde.

Abg. Preelle (WB) wandte sich dagegen, daß religionsfeindliche Schulräte in Gegenden angestellt würden, wo die Bevölkerung konfessionell eingestellt ist. Die Mehrheit der Eltern wolle die Konfessionsschule. Die Erklärung des Ministers, daß nach seiner Auffassung in Zukunft die Konfessionsschule Regelschule werde, sei zu begrüßen. Der Kirche müsse vom Staat schon aus moralischen Gründen mehr geholfen werden. Ein Regierungsvertreter stellte die endgültige Regelung der Lehrerbesoldung und eine Vorlage über die Rechtsstellung kleiner Religionsgesellschaften in Aussicht. Die erhöhten Zuwendungen für die Kirche seien nur für die Bauten, z. B. am Kölner Dom vorgesehen. Geprüft werde auch die Frage, wie man zu einer allgemeinen Regelung des Minderheitenschulwesens, insbesondere des polnischen, gelangen könne. Von 56 Minderheitsschulen seien 20 zur Zeit nicht besucht, würden aber aufrechterhalten. Die preußische Regierung komme allen berechtigten Wünschen der Minderheiten loyal entgegen, und habe besondere Mittel für die Ausbildung polnischer Lehrer und für ein polnisches Lesebuch bereitgestellt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr Am Donnerstag sollen auch die Abstimmungen über den Landwirtschaftsetat vorgenommen werden.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Bewilligungen für Kanalbauten.

pd **Berlin**, 16. März. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden heute verschiedene Etatspositionen über die Kanalbauten bewilligt. 400 000 Mark wurden bewilligt für die Regulierung der Krummen Gilge, 1 Million wurde zur Verfügung gestellt als erster Teilbetrag für die Verbindung des Elbingflusses und des Elbingfahrwassers. Weiter wurden bewilligt 32 000 Mark für die Verbindung der Flußsohle und für die Regelung des Laufes der Netze unterhalb Filehne, 150 000 Mark für die Regulierung des oberen Trennungsdammes an der Staustufe Oberhof der kanalisierten oberen Oder, 193 000 Mark für den Ausbau der oberen Trennungsstütze der oberen Kanaleinfahrt und des rechtsseitigen Stromufers oberhalb des Kanals an der Schleuse Ranser, 78 000 Mark zur Sicherung der Kammermauern der Schleppzugsschleuse Wilhelmsruh bei Breslau, die angeforderten 120 000 Mark zur Verbesserung der Fahrstraße in der Sakroer Enge stellte der Ausschuß um ein Jahr zurück, um erst zu prüfen, ob nicht das landwirtschaftliche Bild durch die vorgenommenen Arbeiten leiden. Ferner bewilligte der Ausschuß 100 000 Mark für die Verbesserung des Fahrwassers in der Havel oberhalb Brandenburgs, 400 000 Mark für die Verstärkung der Dämme des Ems-Weserkanals, 150 000 Mark zur Ablösung der Unterhaltungspflicht der Entwässerungsanlage an der kanalisierten Aller und 1 400 000 Mark für die Arbeiten zur Wiederherstellung und Erleichterung der Unterhaltung des Fahrwassers der Elbe bei der Ostseebank. Bei sämtlichen Bewilligungen handelt es sich um erste Teilbeträge. Weiter bewilligte der Haushaltsausschuß drei Millionen als Reichsbeihilfe für Einrichtungen zur Erzielung größtmöglichster Betriebssicherheit, sowie für die Herstellung von Luftfahrtkarten und -Plänen. Schließlich bewilligte der Ausschuß 1 700 000 Mark zur Förderung des Segelflug- und Kleinflugzeugwesens und der Ausbildung von Berufsflugzeugbesatzungen.

Dann wurde die Aussprache über das Eisenbahnwesen fortgesetzt. Im Laufe der Debatte ging Reichsverkehrsminister Dr. Koch auf einige aufgeworfene Fragen ein. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung habe, so erklärte der Minister, der Geist sich gewandelt, und heute könne man der Reichsbahn bezeugen, daß sie friedlich mit dem Reichsverkehrsminister Wünsche und Beschwerden zu erledigen versuche. Der Minister bezeichnete es als nützlich, die technischen Angelegenheiten des Reiches in seinem Ministerium zu vereinigen. Die Frage werde gegenwärtig geprüft und in der Denkschrift erörtert werden. Von dem Ministerium wurde weiter mitgeteilt, daß zur Elektrifizierung der Reichsbahn zunächst 70 Millionen bereitgestellt werden, in der Hauptsache für die Berliner Stadtbahn, die im ganzen etwa 200 Millionen erfordern würde. Dann werde unter Verwertung der Wasserkraft Süddeutschlands die Elektrifizierung der Bahnen weitergeführt werden. Es handele sich hierbei besonders um die Linien München—Regensburg und München—Kufstein.

Angenommen wurde hierauf eine sozialdemokratische Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß die Reichsbahn ihre Verpflichtungen gegen die Pensionäre der Reichsbahnarbeiter-Pensionskasse durch Übernahme des Fehlbetrages in der Abteilung B erfüllt und die Pensionäre, die vor dem 1. Januar 1926 pensioniert worden sind, nicht weniger als die nach dem 31. Dezember 1925 pensionierten erhalten.

Annahme fand ferner eine Entschließung des Zentrums, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß der Termin für frachtfreie Beförderung von Kirchenglocken, die als Ersatz für die im Kriege beschlagnahmten angeschafft wurden bis zum 31. März 1928 verlängert wird, sowie eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, durch Verhandlungen mit den beteiligten Ländern die Zurückführung der persönlichen und damit zusammenhängenden sachlichen Ausgaben für die Verwaltung der Reichswasserstraßen einschließlich des Schleppbetriebes auf dem Rhein-Weser-Kanal auf das Maß zu erreichen, das im Falle des Überganges dieser Verwaltung in die unmittelbare Hand des Reiches aufzuwenden wäre.

Die übrigen Kanalprojekte werden am Donnerstag im Haushaltsausschuß behandelt werden.

2. Generalversammlung der Industrie- und Handelsbeiräte der Zentrumspartei

S **Berlin**, 16. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Am heutigen Mittwoch traten in Berlin die Handels- und Industrie-Beiräte der Deutschen Zentrumspartei zu einer Generalversammlung zusammen. Die Versammlung war ganz außerordentlich zahlreich besucht. Neben den Vertretern aus dem ganzen Reich waren mehrere Minister des Reiches und der Länder, u. a. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der preußische Landwirtschaftsminister Steiger, der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, sowie Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und andere höhere Beamte aus dem Reiche und den Ministerien anwesend. Mit besonders warmem Beifall wurden von der Versammlung auch die Vertreter des Wirtschaftsrates der Bayerischen Volkspartei begrüßt, und der Vorsitzende Dr. ten Hompel, der in der Eröffnungsansprache ein umfassendes Bild über den Stand der Wirtschaft gab, knüpfte gerade an die Anwesenheit der bayerischen Vertreter die Hoffnung, daß die Zusammenarbeit in den Industrie- und Handelsbeiräten auch zu einer politischen Zusammenarbeit führen würde. Im übrigen konnte Dr. ten Hompel darauf verweisen, daß die erste im vorigen Jahre abgehaltene Generalversammlung auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Stabilisierungskrise stattgefunden habe und die heutige zweite Generalversammlung sich vollziehe in einer Zeit, in der zweifellos Besserungen in wirtschaftlicher Hinsicht eingetreten seien. Trotz allem sei aber keine Veranlassung zu allzu großem Optimismus gegeben. Vielfach lägen die Verhältnisse in der Industrie auch heute noch außerordentlich schwierig. In erster Linie seien es die öffentlichen, insbesondere steuerlichen Lasten, die die kleinere und mittlere Industrie sehr stark bedrückten. Grundsätzlich ständen die Zentrumsvertreter in der Industrie durchaus auf dem Standpunkt, daß in weitestem Umfange Sozialpolitik getrieben werden müsse. Ob durch das Arbeitsgesetz ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge zu erreichen sein werde, könne man heute nicht übersehen.

Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer erörterte sodann das Wohnungsproblem, in dem er insbesondere die Notwendigkeit auch der unmittelbaren Mitwirkung der Wirtschaft an der Lösung dieser Frage im Interesse der Festigung der Wirtschaftsverhältnisse selber aufzeigte. Das Ziel müsse sein, durch eine gerechte und zweckentsprechende Lösung dieser so überaus wichtigen Frage eine wirkliche Volkswohlfahrt zu erreichen, wie sie dem Geiste des Christentums und unseres katholischen Glaubens entspreche. Er rechtfertigte dann noch die Erhöhung der Mieten, die gegeben sei aus der Notwendigkeit, den Baumarkt rentabel zu halten, sich aber natürlich in ökonomischem Rahmen halten müsse. Dieser Auffassung trat übrigens später auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in seiner Rede ausdrücklich bei.

Alsdann erstattete Generalsekretär Dr. Fonk Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß wir am Beginn eines Weges sind, der uns zu einer neuen, normalen Lage der Wirtschaft bringen werde. Eine Mehrheitsregierung sei dazu besser in der Lage als eine solche, die nur eine Minderheit im Parlament hinter sich habe. Die neue Regierung habe fünf Aufgaben zu lösen, die für die Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung seien: 1. Durchführung einer guten Wirtschaftspolitik, 2. Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, 3. Befriedigende Lösung der staatsrechtlichen Verhältnisse, 4. Verwirklichung einer gesunden Sozialpolitik, 5. Befriedigung der sozialen Verhältnisse. Er schloß damit, daß die allgemeine Gleichberechtigung des Arbeiterstandes im gesamten Volksleben erreicht werden müsse. Die Verständigung zwischen Arbeitgeber udn Arbeitnehmer sei eine der Hauptvoraussetzungen dafür. Die auch unter der Mitwirkung des Zentrums zustandegekommenen Memoranden des Kardinals Schulte bezeichnete er als hervorragende Richtlinien für die Erreichung dieses Zieles.

Hierauf kam Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu Wort, der über die Entwicklungstendenzen der deutschen Sozialpolitik sprach. Er betonte, daß es auch im Interesse der Wirtschaftspolitik liege, sozial vorwärts zu schreiten, da eine gute Wirtschaftspolitik sozial und eine gute Sozialpolitik ein unentbehrliches Glied einer gesunden Wirtschaftspolitik sei. Er berührte besonders die Fragen der Arbeitslosenversicherung, des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes. Interessant war aus seinen Ausführungen, daß die bisherige Sozialversicherung allein 3 Milliarden im Jahre kostet, dazu kommen die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge, die zur Zeit im Monat 12—130 Millionen betragen, von denen rund 50 Millionen durch Beiträge aufgebracht werden, ferner die Sorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die über 1 Milliarde erfordert. Was die Arbeitslosenversicherung angeht, so betonte er, daß der Hauptvorteil in dem neuen Gesetz in dem Umstand liege, daß bei der Versicherung eine geordnete Selbstverwaltung unter Verantwortung der Beteiligten eintrete. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit müsse aber in der Hauptsache erfolgen durch die Mitwirkung unserer Wirtschaft, und soweit sozialpolitische Maßnahmen in Frage kommen, durch möglichst wirksame Beeinflussung des Arbeitsmarktes und eine den neuzeitlichen Bedürfnissen angepaßte Arbeitsvermittlung. Die neue Arbeitslosenversicherung unterscheide sich grundlegend von den bisherigen Unterstützungen dadurch, daß sie entsprechend den verschiedenen Lohneinkommen drei Versicherungsklassen vorsehe, von denen die niedrigste im Ganzen 70 Prozent des Gesamtlohnes als Versicherung bringt, die zweite Klasse der schon höher im Lohn stehenden 65 Prozent, die dritte Klasse der am höchsten entlohnten Arbeiter und Angestellten 60 Prozent, allerdings einschließlich 5 Prozent Frauenzulage und je 5 Prozent Kinderzulage bis zu vier Kindern. Im übrigen sei man mit dem Problem beschäftigt, in der Verwaltung der Versicherung Arbeitserleichterungen zu schaffen, so daß, falls dies gelänge, auch ein großer Teil des Leerlaufes in der kaufmännischen Büroarbeit überwunden werden könne. Er erwähnte dann noch, daß mit dem zweiten Halbjahr 1927 das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft trete, das auch wesentliche Vorteile für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft bringe. Redner schloß, daß für die Wirtschaft keineswegs bloß die Rentabilität des Augenblicks maßgebend sein dürfe, sondern daß sie sich auf weite Sicht einstellen müsse. Billige Arbeitskosten könnten vielleicht augenblicklich rentabel sein, auf die Dauer gesehen aber die Industrie rückständig machen oder gar zu Grunde richten. Wenn wir, so fügte er hinzu, unter dem Hinweis auf die Daweslasten erhöhte Arbeitszeit und niedrigere Löhne glauben veranschlagen zu müssen, so müssen wir auf die Dauer zu Grunde gehen. Eher können wir uns umgekehrt auf den Dawesplan in der Richtung berufen, daß die deutsche Wirtschaft trotz der Lasten des Dawesabkommens rentabel bleiben muß, ohne daß der Arbeiter in seiner Lebenshaltung und seinem Lohn irgendwie gedrückt wird. Das kommt ja auch selbst in dem Dawesplan deutlich zum Ausdruck.

Ministerialdirektor Dr. Andersz sprach dann über den Wirtschaftsgedanken in der staatlichen Verwaltung, und trat vor allem für die Modernisierung von Betrieben und Verwaltungen, das heißt, weitgehende und großzügige Anpassung des Geistes und der Einrichtungen der Betriebe an die Forderungen der Neuzeit, ein. Er verwies dabei auf die praktischen Resultate, die gerade die Postverwaltung bisher erzielt habe. Er hielt es für zweckmäßig, daß die anderen öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und Gemeinden ähnliche Wege gehen.

An die Ausführungen schloß sich dann noch eine rege Diskussion an, die recht fruchtbringende Gedanken zutage förderte.

Der Wilms-Prozeß.

Berlin, 15. März. Gleich zu Beginn der heutigen Verhandlung im Wilmsprozeß kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Verteidigung und Vorsitzenden. Der Zeuge Thieme bekundet nämlich, daß Büsching, Klapproth und Fahlbusch die Leute zur besonderen Verwendung seien und daß die von Oberleutnant Schulz erwähnten großen Ordonnanzen etwas ganz anderes gewesen seien. Als der Vorsitzende darauf erklärt: „Sehen Sie Schulz, den Sie bisher haben irreführen wollen", wendet sich Rechtsanwalt Dr. Sack sehr entschieden gegen diese Feststellung. Er erklärt, daß die Kritik an dem Angeklagten dem Vorsitzenden keineswegs zustehe. Dem widerspricht der Vorsitzende sehr scharf und erklärt, der Verteidiger stehe mit dieser Ansicht wohl einzig da. Der Vorsitzende sei sogar verpflichtet, den Angeklagten auf solche Feststellungen hinzuweisen. Der Rechtsanwalt wiederum betont, daß dem Angeklagten Schulz mit irgend welcher Voreingenommenheit nicht entgegengetreten werden dürfte. Der Zeuge Thieme bestätigt darauf wieder die Auffassung des Vorsitzenden, daß die „Zur besseren Verwendung"-Leute zu Schulz ungehinderten Zutritt gehabt hätten.

Angeklagter Oberleutnant Schulz erklärt in großer Erregung, es sei falsch, daß Büsching, Klapproth und Fahlbusch ihm immer als persönliche Leibgarde zur Verfügung gestanden hätten. Sie seien lediglich besonders vertrauenswürdige Leute für wichtige Aufträge gewesen.

Als Zeuge sagte dann der aus der Festungshaft vorgeführte Major Buchrucker aus, die Arbeitskommandos hätten im Interesse der Landesverteidigung geheim gehalten werden müssen, nicht aber etwa, weil ein hochverräterisches Unternehmen beabsichtigt gewesen wäre. Schulz habe lediglich als Beauftragter der Division Befehlsgewalt gehabt. Alles, was Schulz gemacht habe, sei im Auftrage des Wehrkreises geschehen. Zu der Frage des Vorsitzenden, wie er es sich erkläre, daß Leute umgebracht worden seien, erklärte der Zeuge, das sei aus der Einstellung der Truppe heraus erklärlich, die sich als Truppe vor dem Feind gefühlt habe.

Mehrere weitere Zeugen äußern sich dann über das Verschwinden des Wilms, über das die verschiedensten Gerüchte umgegangen seien. Wilms sei in Spandau bewacht worden, und später habe man erzählt, er sei mit drei Schüssen durch den Hinterkopf aus der Havel gezogen worden. Der in Spandau mit Büsching befreundet gewesene Zeuge Becker gab an, daß Büsching ihm nach dem Verschwinden des Wilms gesagt habe, Wilms habe ein Kommando bekommen, von dem er sobald wohl nicht zurückkehren werde. Und später: „Das Konto ist wieder um einen gestiegen."

Am Schluß der Verhandlung trat wieder eine neue Wendung ein insofern, als der von der Verteidigung neu geladene Zeuge Lorenz bekundete, er habe Büsching in der Spandauer Kaserne einmal mit einer kleinen Pistole gesehen von der Büsching erklärt habe, daß sie einem Feldwebel gehört habe, den er erschossen habe und der dann in die Havel geworfen worden sei. Diese neue Bekundungen riefen bei vielen Prozeßbeteiligten lebhaftes Aufsehen hervor. Auf die Frage des Staatsanwaltes, weshalb sich der Zeuge nicht schon früher gemeldet habe, erklärte dieser, er habe nicht gewußt, daß es sich bei dem Mann, von dem Büsching gesprochen habe, um Wilms gehandelt habe. Ihm kam erst am Freitag und Samstag, als er im Zuhörerraum gesessen habe, der Gedanke an die Identität des Falles. Er sei überzeugt, daß Büsching ihm damals die volle Wahrheit gesagt habe.

Die Verhandlungen wurden dann auf Mittwoch vertagt.

Ein Geständnis.

w **Berlin**, 16. März. (Tel.) Im Fememordprozeß machte heute der Angeklagte Oberleutnant Fuhrmann das Geständnis, daß er von den Plänen der Ermordung des Wilms vorher Kenntnis gehabt habe. Hauptmann Gutknecht, der sich jetzt in Britisch-Afrika befindet, habe ihm schon vorher erklärt, er werde Wilms wegen Verratsverdachts durch Fahlbusch im Auto beseitigen lassen. Er selbst, Fuhrmann, sei an der Tat nicht beteiligt gewesen, habe aber auch den Plan nicht verraten.

Nach dem Geständnis des Angeklagten Fuhrmann, von den Plänen zu der Ermordung des Feldwebels Wilms gewußt zu haben, sagt ein Zeuge u. a. aus, daß Oberleutnant Fuhrmann nicht in dem Auto gewesen sei, in dem Wilms erschossen wurde. Im weiteren Verlauf der Verhandlung tritt noch einmal der Zeuge Sommerfeldt vor, präzisiert erneut seine belastenden Angaben gegen Fuhrmann und belastet diesen durch weitere Bekundungen. Dem Zeugen wird dann von der Verteidigung vorgehalten, daß er sehr unwillig gewesen sei als er die Nachricht von der Auffindung der Leiche des Wilms erhielt. Die geschiedene Frau des Zeugen Sommerfeldt bestätigte als Zeugin, daß auch ihr der Angeklagte Fuhrmann von seiner Beteiligung an der Ermordung des Wilms erzählt habe. Der Zeuge Röpke, der in einer der letzten Verhandlungen gleiches ausgesagt hatte, wiederholte hierauf nochmals seine Aussage. Dabei sprangen einige ehemalige Angehörige des Fuhrmann'schen Kommandos von der Zeugenbank auf und erklärten, daß die Aussage falsch sein müsse. Auch der Angeklagte Fuhrmann behauptete, er kenne Röpke überhaupt nicht. Dieser leiste einen Meineid. Demgegenüber ergänzte Röpke seine Aussagen noch dahin, daß die schweren Metallmuffen, mit denen die Leiche des Wilms beschwert war, ursprünglich innen mit Sand ausgefüllt waren, um sie noch schwerer zu machen.

Hierauf trat in der Verhandlung eine Pause ein.

Bei der weiteren Zeugenvernehmung nach der Pause bekundet der Zeuge Schüler, Fahlbusch habe ihm im November 1925 erzählt, daß er Wilms auf einer Fahrt erschossen und bei Rathenow ins Wasser geworfen habe. Eine Reihe weiterer Zeugen weiß nichts wesentliches zum Gegenstand der Anklage auszusagen. Zeuge Rönsch bekundet, daß die Leute bei den Arbeitskommandos zur Verschwiegenheit ermahnt worden seien. Daß auf dem Bruch der Verschwiegenheit Todesstrafe stände, sei nicht vor versammelter Mannschaft gesagt worden. Aber die Unterführer hätten durchblicken lassen, daß es dem Betreffenden schlecht gehen könne. Tagesgespräch in den Arbeitskommandos sei gewesen, daß sie ein sogenanntes Mordkommando bildeten. Wenn Klapproth, Büsching und Fahlbusch irgendwo auftauchten, dann habe immer ein Druck auf den Leuten gelegen.

Nach Vernehmung einiger weiterer Zeugen über die Persönlichkeit des Angeklagten von Poser wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Deutsches Reich.

Dankschreiben des Deutschen Volksbundes an Dr. Stresemann.

w **Berlin**, 16. März. (Tel.) Der Vorstand des „Deutschen Volksbundes für polnisch Oberschlesien" in Kattowitz, Ulitz, hat an den Reichsaußenminister ein Schreiben gerichtet, in dem dieser mitteilt, daß die vom Völkerbundsrat angenommene praktische Lösung in den Kreisen der deutschen Minderheiten volles Verständnis gefunden hat, daß aber vor allen Dingen die Ausführungen Dr. Stresemanns über die Rechtslage über diese Verständigung hinaus die Kreise der deutschen Minderheiten völlig beruhigt habe. Im Namen der deutschen Minderheiten bitte ich sie, so schließt das Schreiben, unsern wärmsten und aufrichtigsten Dank für ihre klare und entschlossene Haltung in dieser für uns so unendlich wichtigen Frage entgegen nehmen zu wollen.

Lukaschek Oberbürgermeister von Hindenburg.

b **Berlin**, 16. März. Wie die Abendblätter aus Breslau melden, wurde Dr. Lukaschek, der deutsche Vertreter in der Gemischten Kommission für Oberschlesien, zum Oberbürgermeister von Hindenburg gewählt. Hindenburg ist mit 125 000 Einwohnern die größte Stadt Deutsch-Oberschlesiens.

Freigabe des Oberschlesien-Films.

+ **Berlin**, 16. März. Der von der Filmprüfstelle Berlin kürzlich verbotene Oberschlesien-Film „Land unterm Kreuz" wurde heute von der Film-Oberprüfstelle ohne Ausschnitte zur Vorführung freigegeben.

Keine Diäten und Freifahrt mehr für ausgeschlossene Abgeordnete.

tu **Berlin**, 15. März. (Tel.) Sämtliche Fraktionen des preußischen Landtages, mit Ausnahme der Völkischen und Kommunisten, haben einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder und des Präsidenten des preußischen Landtages dahin abgeändert werden soll, daß von der Teilnahme an den Sitzungen des Landtages ausgeschlossene Mitglieder für die gesamte Zeit bis zum Ablauf des letzten Ausschlußtages das Recht zur freien Fahrt und den Anspruch auf Aufwands-Entschädigung nebst dem Ausgleichszuschlag verwirken. Die Bestimmungen, nach denen freie Fahrt und Aufwands-Entschädigung gewährt werden, sollen für den Präsidenten und die stellvertretenden Präsidenten des Landtages, sowie für die ständigen Mitglieder des Ständigen Ausschusses auch nach Ablauf der Wahlperiode oder nach der Auflösung des Landtages bis zum Ablauf des Tages gelten, an dem der neue Landtag zusammentritt.

Falsche Behauptungen sind versuchter Landesverrat.

tu **Leipzig**, 15. März. (Tel.) Der Fünfte Strafsenat des Reichsgerichtes verurteilte heute den Redakteur Riegel aus Essen, der für den allgemeinen Teil des kommunistischen „Ruhrecho" verantwortlich zeichnet, wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr Gefängnis und zur Tragung der Kosten. Riegel hatte in einem Artikel behauptet, die Firma Krupp in Essen stelle wieder Waffen in größeren Mengen her, wodurch sie außerstande sei, Aufträge für die Anfertigung von Automobilen anzunehmen. Die Verhandlung hat ergeben, daß die gegen die Firma Krupp vorgebrachten Behauptungen unwahr gewesen sind.

Das Kirchenvermögensgesetz in Baden.

w **Karlsruhe**, 15. März. (Tel.) Der Verfassungsausschuß des badischen Landtages beschäftigte sich in seinen letzten drei Sitzungen mit dem Kirchenvermögensgesetz, durch das den Kirchen in Baden eine selbständige Vermögensverwaltung gegeben werden soll. Die Vorlage wurde nach längerer Debatte und nach verschiedenen Abänderungen mit 6 gegen 1 Stimme bei 6 Stimmenthaltungen, angenommen. Dafür stimmten 5 Zentrums-Abgeordnete und 1 Demokrat, dagegen 1 Kommunist. Der Stimme enthielten sich 3 Sozialdemokraten, 1 Volksparteiler und 3 Mitglieder der bürgerlichen Parteien.

Aus aller Welt.

Poincaré für weitere Hinausschiebung der endgültigen Frankenstabilisierung.

+ **Paris**, 16. März. In seiner gestrigen finanzpolitischen Rede im Senat erklärte Poincaré u. a., es sei sicherlich wünschenswert, ein gegen Gold einzutauschendes Geld zu besitzen. Es sei aber nicht nur unnütz, sondern auch gefährlich, dieses Problem öffentlich zu behandeln. Er halte es für nötig, den gegenwärtigen Frankenkurs noch längere Zeit aufrecht zu erhalten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien nicht auf die Frankenhausse zurückzuführen. Das Land stände einer Scheinblüte gegenüber. Die Preise seien den Weltmarktpreisen nur mäßig gefolgt und versuchten, sich ihnen jetzt anzupassen. Selbst die endgültige Stabilisierung des Franken hätten keinen Schutz vor der Krise gewähren können. Die Bank von Frankreich habe die Mittel in der Hand, um den augenblicklichen Frankenstand aufrecht zu erhalten. Zum Schluß stellte Poincaré fest, daß man aus der Krise nur langsam herauskommen werde, und daß das Werk der Wiederaufrichtung große Geduld und Wachsamkeit erfordere.

Zwei französische Flieger von Marokkanern gefangengenommen.

tu **Paris**, 16. März. (Tel.) Nach Meldungen aus Rabat ist ein französisches Militärflugzeug im Norden von Amarane abgestürzt. Die beiden Flieger wurden von den Marokkanern, die sich in diesem Gebiet den Franzosen noch nicht unterworfen haben, gefangen genommen. Bis jetzt hat man noch keine Nachricht über ihr Schicksal erhalten können. Das französische Oberkommando hat alle Maßnahmen zur Befreiung der beiden Flieger getroffen.

Die französische Regierung Gast des dänischen Königspaares.

tu **Paris**, 15. März. (Tel.) Der König und die Königin von Dänemark veranstalteten heute in der Pariser dänischen Gesandschaft ein Frühstück, an dem der Präsident von Frankreich, die Mitglieder der französischen Regierung, sowie andere Persönlichkeiten teilnahmen.

Vor entscheidenden Schlachten in China.

Tschangtsolin auf dem Marsche nach Hankau.

‡ **Paris**, 16. März. (Tel.) Wie der Sonderberichterstatter der „Information" aus Peking meldet, haben die Mukden-Truppen Tschangtsolins das Zentrum des Widerstandes in Honan eingenommen, wo Wupeifu sie auf dem Marsch nach Hankau aufhalten wollte. Wupeifu wurde geschlagen. Ein großer Teil der Nordtruppen konnte daraufhin den Hoangho überschreiten. Die Truppen marschieren südwärts auf Hankau. Wie aus dem Hauptquartier Tschangtsolins berichtet wird, sind der Befehlshaber von Honan, General Tschin, sowie Wupeifu nach der Einnahme von Tschangtschau in westlicher Richtung entflohen.

Die Schlacht um den Besitz Schanghais ist nach den letzten Berichten nunmehr in vollem Gange. Die Schantruppen sind langsam aber stetig aus ihren starken Verteidigungsstellungen östlich und westlich des Taipu-Seen-Gürtels verdrängt worden. Den Kantonesen Truppen ist es gelungen, die Stadt Hihin am Taipu-See einzunehmen. Sie haben in Ausnutzung ihrer Anfangserfolge auch einen wichtigen strategischen Punkt an der Nanking-Schanghaier Eisenbahn besetzt, wodurch General Tschangsuntschang gezwungen wird, sich nach Wutschang zurückzuziehen, während seine Verbindungen mit Nanking an jenem Teil der Front abgeschnitten sind. Nanking ist praktisch isoliert.

Nach einem weiteren Bericht hat sich der chinesische Flottenbefehlshaber auf dem Yangtse, der sich bisher von den kriegerischen Operationen ferngehalten hat, nach Hankau begeben, um den Kontontruppen seine Dienste anzubieten.

Nach in Tokio eingetroffenen Berichten aus der Mandschurei ist man dort über die Lage in Charbin beunruhigt, wo die sowjetrussische Aktivität zu einer ständig zunehmenden Drohung für die Anhänger Tschangtsolins würde. Pessimisten behaupten bereits, daß eine bewaffnete Invasion in der Mandschurei bevorstehe.

tu **Newyork**, 16. März. (Tel.) Die amerikanische Regierung hat ihren Konsul in Hankau beauftragt, wegen der Beschießung des amerikanischen Kriegsschiffes „Preble" auf dem Yangtse, bei der Kantonregierung Protest einzulegen

Nach Meldungen aus Schanghai hat der französische Truppenbefehlshaber in Paris 1000 Mann Kolonial-Infanterie zur Verstärkung für die französische Niederlassung in Schanghai angefordert.

Die Kantontruppen sind mit der Einnahme des wichtigen strategischen Punktes Pengpu, weiter an Nanking herangerückt. Zu Kilometer vor Nanking tobt jetzt der Kampf. Die in Nanking und im Gebiet von Schanghai stehenden Nordtruppen sind jetzt bedroht, von den über Fengpu nach Sutschau vorrückenden Südtruppen umzingelt zu werden.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die in Nanking ansässigen 800 Amerikaner und Engländer von ihren Behörden die Anweisung erhalten, die Stadt wegen des drohenden Einmarsches der Kantontruppen sofort zu verlassen.



Die russischen Helfer.

General Borodin, der russische Berater der Kantonregierung, während einer Agitationsrede in Hankau. Neben ihm sein Dolmetscher, ein chinesischer Student.

Aus der Stadt.

Münster, 17. März.

⊙ **Kirchliches.** Kaplan Aloys Dahlkamp zu Dülmen zum Pfarrer in Enniger; Kaplan Bernhard Huskamp zu Kevelaer zum Kaplan in Münster St. Joseph; Kaplan Franz Wember zu Bork zum Kaplan in Bottrop St. Johann; Kooperator Rudolf Hofstamp zu Vorhelm zum Vikar in Albersloh; Kaplan Karl Horstmann zu Oedt zum Vikar in Ahaus; Vikar Theodor Dümpelmann zu Bottrop zum Kaplan in Dülmen; Kaplan Heinrich Ingenlath zu Hamborn zum Kaplan in Bottrop St. Cyriacus.

⊖ **Ein Polizeibeamter überfallen und schwer mißhandelt.** Während seines Streifganges in der Nacht zum Mittwoch bemerkte ein Schutzpolizeibeamter auf der Schillerstraße drei Personen, die durch Singen und Johlen ruhestörenden Lärm verursachten. Als die Radauhelden sich der Aufforderung des Beamten, das Lärmen zu unterlassen, nicht fügten, wollte der Beamte zur Feststellung der Personalien schreiten. Plötzlich erhielt er einen Stoß gegen die Brust und wurde von dem zweiten Übeltäter von rückwärts umklammert, als er mit dem Gummiknüppel auf den ersten, der ihn vor die Brust gestoßen hatte, zugehen wollte. Während der zweite ihn umklammerte, nahm der dritte ihm den Gummiknüppel ab und versetzte ihm selbst einige Schläge mit der Waffe. Als nun der Beamte mit seinem Seitengewehr sich zur Wehr setzen wollte, wurde er in kürzester Zeit nochmals entwaffnet. Der Schupobeamte sah dann, wie einer der Beteiligten einen harten Gegenstand aus der Tasche zog. Jetzt zog er schleunigst seinen Revolver und versetzte seinem Angreifer einige Schläge mit der Waffe, die er in dem Gedränge selbstverständlich nicht laden konnte. Nach einigen Schlägen erhielt der Beamte dann mit einem harten Gegenstand einige wuchtige Hiebe auf den Hinterkopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Als er nach wenigen Augenblicken wieder zu sich kam, sah er die Übeltäter in einer Entfernung von 50—60 Metern davonlaufen. Seitengewehr und Gummiknüppel, sowie einen Hut, hatten die Flüchtigen bei dem am Boden Liegenden zurückgelassen. Die Verletzungen des Beamten waren derart, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wie verlautet, ist man den Tätern von Seiten der Kriminalpolizei bereits auf der Spur.

m **Rücksichtslose Fahrer.** Das schon an dieser Stelle gerügte rücksichtslose Fahren hat wieder einmal böse Folgen gehabt. Gestern nachmittag fuhr ein jugendlicher Radfahrer in schnellem Tempo auf dem Hoherheckenweg ein den Weg passierendes Kind an. Das Kind kam zu Fall und erlitt einen doppelten Beinbruch. Mit einem schnell herbeigerufenen städtischen Krankenwagen wurde das Kind zum Hospital gebracht.

Aus der Provinz Westfalen.

‡ **Ibbenbüren**, 15. März. (Betriebsunfall.) Im Betrieb der Firma Hölscher u. Maug kam heute vormittag der Lehrling Künnemeyer auf noch unbekannte Weise der Transmission zu nahe. Mit schweren inneren Verletzungen blieb er liegen. Außerdem wurde dem Armsten ein Arm vollständig ausgerissen. K. wurde zum hiesigen Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

72. Westfälischer Provinziallandtag.

Eine Million für die technische Fakultät.

fr Münster, 16. März.

Die vierte Vollsitzung

wurde heute nachmittag um 2¼ Uhr durch den Vizepräsidenten Rauschenberg eröffnet. Es wird sofort in die

Einzelberatung des Etats

eingetreten.

Bei der Entgegennahme des Berichts über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Geschäftsjahr 1925 gibt Abg. Wienecke (B. Vg.) seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Provinzialverwaltung gut gearbeitet und einen so ausführlichen Bericht vorgelegt habe, an Hand dessen man noch nachträglich eine so gute Übersicht habe. — Abg. **Cuno** (Dem.) schließt sich dem Dank für die gute Arbeit der Provinzialverwaltung an, bittet aber, in Zukunft eine ausführlichere Darlegung des Rechnungsergebnisses dadurch zu geben, daß die Hauptabschnitte des Haushaltsplanes sich gegenübergestellt werden wie vor dem Kriege. — Darauf wird der Vorlage zugestimmt.

Die Jahresrechnungen werden auf Vorschlag des Abg. **Münch** (Komm.) ohne Aussprache genehmigt.

Zur Erhöhung der von den unterstützungspflichtigen Bezirksfürsorgeverbänden zu erstattenden Individualkosten hebt die Abg. Frau **Greising** (Soz.) hervor, daß infolge besserer Verpflegung eine Erhöhung der Individualkosten notwendig sei. — Abg. **Devermann** (Soz.) hat nichts gegen eine bessere Verpflegung, aber er wendet sich gegen die Erhöhung der Individualkosten. — Landesrat **Schulte Himmelpforten** zergliedert die Ausgaben, die sich im Gesamtbetrage auf täglich 2,93 Mark belaufen und betont, daß von diesem Betrage 1,60 Mark auf die Unterhalts- und 1,43 Mark auf die Verwaltungskosten entfallen. Es sei keine Erhöhung der Pflegesätze, sondern nur eine Verschiebung innerhalb der Verpflegungs- und Verwaltungskosten eingetreten. Die Individualkosten für die Verpflegung seien gestiegen, weil in den letzten Jahren die Speisung außerordentlich verbessert worden sei, sobald es die Ernährungslage nach dem Kriege gestattete. — Abg. **Levermann** (Soz.) will eine reine Scheidung zwischen den Verwaltungs- und Individualkosten. — Landeshauptmann Dr. **Dieckmann** erklärt, daß die Provinzialverwaltung in bezug auf die Individualkosten an drittletzter Stelle stehe, Pommern habe etwa 2 Mark, die Rheinprovinz 2,20 Mark. — Darauf wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der Antrag auf Genehmigung eines Darlehns für den Ausbau der Krüppelanstalten Johanna-Helenenheim in Volmarstein in Höhe von 30 000 Mark wurde ohne Debatte angenommen.

Zur Schaffung einer zweiten Landesarztstelle bei der Provinzialverwaltung erklärte Abg. **Bartscher** (Ztr.), daß für diesen Posten Herr Dr. Lintel-Höping, bisher Oberarzt an der Hüffer-stiftung, vorgesehen sei. — Abg. **Krkoweszk** (Soz.) tritt dafür ein, daß Dr. Lintel-Höping lediglich im Dienste der Provinzialverwaltung Verwendung finde. — Der Anstellung wird zugestimmt.

Errichtung einer Technischen Fakultät an der Universität Münster.

Zu dieser Vorlage liegt folgender Antrag des Provinzialausschusses vor:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen, der Preußischen Staatsregierung für den Fall, daß eine technische Fakultät, bestehend aus Kohlenchemie, Hüttenkunde und Maschinenbau an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster errichtet wird, eine bare Beihilfe von 1 Million Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, die Einzelheiten des hierüber abzuschließenden Vertrages mit der Staatsregierung festzulegen."

Abg. **Raestrup** (Ztr.) teilt mit, daß sich der Haushaltsausschuß mit dem Antrage beschäftigt und mit großer Mehrheit beschlossen habe, die Annahme des Antrages zu empfehlen. — Abg. **Loh** (Komm.) lehnt namens seiner Fraktion den Antrag aus besonderen Gründen ab. — Abg. **Oetkinghaus** (Soz.) ist der gegenteiligen Auffassung und stimmt dem Antrage im Interesse Westfalens und des Wirtschaftsgebietes im Westen zu. Hierbei trat er dafür ein, daß man auch den Minderbemittelten Gelegenheit geben möge, die höheren Lehranstalten zu besuchen, wenn sie das Talent aufwiesen. Gerade in den minderbemittelten Familien seien geistige Schätze zu finden, die nicht ungenutzt bleiben dürften.

Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die Eingabe der Verwaltungsbeiräte der Ruhegehaltskassen der Kreise, Städte pp. und der Amtsverbände und Landgemeinden in der Provinz Westfalen betreffend finanzielle Belastung der beiden Ruhegehaltskassen infolge Eingemeindung in der Provinz Westfalen wird nach Befürwortung durch den Abg. **Dresing** (Soz.) einstimmig angenommen. Der Provinzialausschuß wird in diesem Antrag beauftragt, in dem von ihm zu erstattenden Gutachten zu den bevorstehenden Eingemeindungen in der Provinz Westfalen nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß jede weitere finanzielle Belastung der beiden westfälischen Ruhegehaltskassen, soweit sie in Widerspruch zu den geltenden Satzungen steht, für die Kassen untragbar ist.

Zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt wendet sich der Abg. **Wolff** (Soz.) dagegen, daß die Anstalt sich dazu hergegeben habe, der Krankenkasse der Selbsthilfe des Mittelstandes auf Gegenseitigkeit ihre Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. — Generaldirektor **Reusch** betont, daß man in Westfalen die besten Erfahrungen mit der Kasse gemacht habe. Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt sei aber nur die Generaldirektion für Schlesien gewesen. Nachdem man im Kuratorium der Landesbank die Angelegenheit besprochen hätte, sei beschlossen worden, die Verbindung zu streichen. — Dem Haushaltsplan wurde zugestimmt.

Über den Titel „Provinzialfeuersozietät" spricht als Berichterstatter Abg. Dr. **Siepenhorst** (B. Vg.) nicht im einzelnen, sondern hebt nur hervor, daß die Sozietät erhebliche Mittel für Feuerlöschverbesserungen, sowie als Darlehen zur Beseitigung von feuergefährlichen Teilen an Gebäuden usw. zur Verfügung stelle. — Abg. **Dresing** (Soz.) bittet, daß die 100 000 Mark, die zur persönlichen Verfügung des Generaldirektors Wessels gestellt würden, restlos Verwendung finden. Weiter tritt er dafür ein, daß im nächsten Haushaltsplan die vielen freien Stellen verschwinden. — Generaldirektor **Wessels** betont, daß der Betrag von 100 000 Mark vollkommen verwendet werden würde. Für Darlehen, die mit 4 Prozent verzinst und an mittellose Gemeinden abgegeben würden, seien 400 000 Mark vorgesehen. An die Feuerwehrunfallkasse gelangte jährlich ein Zuschuß von 6000 Mark zur Ausgabe, so daß also im ganzen 506 000 Mark im Interesse des Hausbesitzes Verwendung finden. Er hoffe, daß im nächsten Jahre ein noch höherer Betrag zur Verfügung gestellt werden könne. Was die 10 000 Mark für den Westf. Bauernverein anlange, so betrage diese Summe nur 5000 Mark als alter Pauschalsatz und Entgelt für Akquisition. Der Verwaltungsrat solle über die Frage der Weiterzahlung entscheiden. Die Versicherung der Gebäude müsse den Feuersozietäten überlassen werden, die Privatversicherung sollte auf die Mobiliarversicherung beschränkt werden. Neue Gesellschaften verbreiteten neuerdings Flugblätter gegen die Sozietäten, die ungeheuerliche Behauptungen enthielten, aber nur Akquisitionszwecken dienten. Was die freien Stellen angehe, so sei jetzt eine größere Zahl Anwärter da, die nach der Examina ihrer Einstellung harren. Der Haushalt wird angenommen, ebenso eine Entschließung, derzufolge die Heranziehung der privaten Feuerversicherungsanstalten in Preußen in erheblichem Umfange zu den Kosten des Feuerlöschwesens, und zwar gesetzlich, dringend erwünscht ist.

Der Haushaltsplan des Landespflege- und Krankenhauses Gefeke schließt mit einem Fehlbetrag von 13 600 Mark ab. Der Berichterstatter Abg. **Stühmeyer** (Soz.) teilt mit, daß sich die soz. Fraktion im Haushaltsausschuß gegen die Entfernung der evangelischen Insassen ausgesprochen habe und dafür eingetreten sei, daß der interkonfessionelle Charakter gewahrt werde. — Abg. Frau **Borreiter** (Soz.) tritt ebenfalls für den interkonfessionellen Charakter ein und bittet, den Insassen einen genußreichen Liebesabend zu verschaffen.

Das Arbeitshaus Benninghausen soll nach den Angaben des Abg. **Dresing** (Soz.) 90 Prozent krankhafter Insassen enthalten, denen man auf irgend eine andere Weise die Möglichkeit geben müsse, wieder auf die richtige Bahn zu kommen. Redner ersucht den Landeshauptmann, die Anstalten zu besichtigen und dafür einzutreten, daß nach Benninghausen gebracht würde, was dorthin gehöre.

Abg. **Ranft** (Komm.), der zu Eingang seiner Ausführungen wegen unparlamentarischen Ausdrucks zur Ordnung gerufen wird, ergeht sich in seinen Darlegungen auf Grund einer auswärtigen Pressenotiz in den schärfsten Tönen gegen die Einrichtung des Instituts. — Landeshauptmann Dr. **Dieckmann** weist die Vorwürfe und Verdächtigungen mit Entschiedenheit zurück und erklärt, daß der Redner aus einer sehr trüben Quelle geschöpft habe. Die Ernährung in der Anstalt sei sehr gut. Mit dieser Anerkennung, die einem Regierungs- und Medizinalrat gemacht worden sei, stimme auch die Tatsache überein, daß alle Insassen stets an Gewicht zunehmen. Der Anstaltsausschuß sei verschiedentlich da gewesen. Es habe sich manches gefunden, was der Abstellung bedurft hätte. Erst seit zwei Jahren habe man hier bessernd eingreifen können, da die Anstalt nach dem Kriege ein Hilfsstrafgefängnis war, dessen Insassen zumeist dem Staatsanwalt in Hamm unterstanden. Seitdem sie davon frei ist, geht unser Bestreben dahin, den ganzen Charakter auf wohlfahrtspflegerische Mittel umzustellen. Dies werde schon heute durchgeführt, und so liege kein Anlaß vor, mit derartigen Schmähungen in der Sitzung zuoperieren. — Diese Darlegungen unterstreichen die Abgg. Frau **Adams** (B. Vg.) und Frau **Driesen** (Ztr.) — Nachdem Abg. **Dresing** (Soz.) bestätigt, daß der größte Teil der Ausführungen des Abg. Ranft nicht zutreffe und sein Bedauern ausspricht, daß Frau Schenk (Komm.) ihrer Fraktionskollegen nicht besser orientiert habe, wird die Vorlage angenommen.

Die Etats der Blindenanstalten, der Taubstummenanstalten, bei denen ein Fehlbetrag von 428 000 Mark zu verzeichnen ist, der Krüppelfürsorge, der Landesfrauenkliniken, der Güter Eickelborn und Brechte werden ohne Aussprache angenommen.

Der Haushaltsplan der Landesbank wird vom Berichterstatter Abg. **Robert** (Ztr.) unter Worten der Anerkennung an die Leitung zur Annahme empfohlen, nachdem er noch darauf hingewiesen hatte, daß die Aufgaben der Landesbank in den letzten Jahren ganz gewaltig schwierig und undankbar gewesen seien. — Ein kommunistischer Antrag betr. Gratifikation an Beamte der Landesbank wird dem Besoldungsausschuß überwiesen.

Zum Haushaltsplan für Landeskultur teilt Abg. **Pellengahr** (Ztr.) als Berichterstatter mit, daß es sich um altes Kulturland in Lüdinghausen, Stadt Ahlen usw. handelt, das durch die ständigen Überflutungen in einen Zustand gebracht worden sei, der die Ertragfähigkeit ausschließe. Durch Ausführung dieser Arbeiten könnten zahlreiche Arbeitslose beschäftigt werden, zumal die Zeche „Hermann" stillgelegt sei. — Die Vorlage findet Annahme.

Der Antrag der soz. Fraktion betr. Erhöhung der Mittel für Ausbildung der Arbeitsnachweisbeamten wird zurückgezogen und der Etat für Arbeitsnachweis und Berufsberatung ohne Aussprache genehmigt.

Der Etat betr.

Ausführung von Straßenarbeiten sowie der Haushaltsplan der Straßenverwaltung,

über die Abg. **Cuno** (Dem.) berichtet, werden nach längerer Debatte angenommen, ebenso ein Antrag des Provinzialausschusses, demzufolge sich der Provinzialausschuß damit einverstanden erklärt, daß der Ruhrverband beabsichtigt, bei Hohensyburg unterhalb der Einmündung der Lenne in die Ruhr, eine Flußkläranlage zu schaffen. Der dort entstehende Stausee von 4 Klm. Länge und 300 Meter Breite soll für sportliche Zwecke aller Art (Rudern, Segeln, Schwimmen, Schlittschuhlaufen usw.) benutzt werden. Um die Bevölkerung des Industriegebietes an diese Erholungsstätte heranbringen zu können, soll von Dortmund und von Hagen aus eine Straßenverbindung mit Straßenbahn zum Stausee hergestellt werden. Über letzteren soll eine etwa 300 Meter lange Brücke gebaut werden; es besteht dann ein durchgehender Straßenzug von Dortmund über Wellinghofen, Hohensyburg, Vathen, Boele nach Hagen.

An der Herstellung dieser Anlagen (Stausee, Straße, Brücke, Straßenbahn) hat auch der Provinzialverband ein großes Interesse, zumal die Hohensyburg sich in seinem Besitz befindet. Im übrigen bedarf auch die verkehrsreiche Provinzialstraße Dortmund—Hagen über Herdecke unbedingt einer Entlastung. Es erscheint daher angebracht, daß auch der Provinzialverband sich an den Kosten für diese Straße und für die Brücke über den Stausee, entsprechend seinem Interesse beteiligt. An Gesamtkosten werden, soweit zu übersehen ist, etwa 3,3 Millionen Mark entstehen. Aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird ein Zuschuß von 1 100 000 Mark erhofft. Von den dann noch verbleibenden Kosten wird nach einer rohen Schätzung ein Betrag von 500 000 Mark bis 550 000 Mark auf den Provinzialverband entfallen. Die 300 Meter lange Brücke soll vom Ruhrverband unterhalten werden. Über Unterhaltung der Straße soll später Entscheidung getroffen werden. Für die Fortführung der Verhandlungen mit den übrigen Beteiligten: Ruhrverband, Ruhrsiedlungsverband, Stadt Dortmund, Stadt Hagen, Kreis Hörde, Kreis Hagen, Kreis Dortmund usw. würde es erwünscht sein, daß der Provinzialausschuß schon jetzt grundsätzliche Entscheidung darüber trifft, ob der Provinzialverband sich an der Aufbringung der Kosten beteiligen will. Aus den vorstehend genannten Gründen wird vorgeschlagen, eine Beteiligung bis zu 550 000 Mark zu übernehmen und den Landeshauptmann zu ermächtigen, die weiteren Verhandlungen in diesem Sinne zu führen. Die Deckung würde erfolgen können aus der zur Ausführung von Straßenbauarbeiten vorgesehenen Anleihe unter Erhöhung des Betrages von 4 auf 5 Millionen Mark. Die dann noch zur Verfügung bleibenden Mittel von 450 000 bis 500 000 Mark würden für Ausführung weiterer zusätzlicher Arbeiten, die dringend erforderlich sind, Verwendung finden können. Die Reichsregierung hat eine Zinsverbilligung für 5 Millionen Mark zugestanden. Der Provinzialausschuß erklärt sich daher damit einverstanden, daß

1. der Provinzialverband sich an den Kosten für den Bau der Straße mit Brücke von Dortmund über Hohensyburg nach Hagen mit einem Betrage bis zu 550 000 Mark beteiligt und ermächtigt den Landeshauptmann, die weiteren Verhandlungen in diesem Sinne mit den übrigen Interessenten zu führen,
2. die Deckung erfolgen soll aus der zur Ausführung von Straßenbauarbeiten vorgesehenen Anleihe unter Erhöhung des Betrages von 4 auf 5 Millionen Mark,
3. die dann noch zur Verfügung bleibenden Mittel von 450 000 bis 500 000 Mark für die Ausführung weiterer zusätzlicher Arbeiten Verwendung finden.

Abg. Lensing (Ztr.) betont, daß diese Vorlage die allerwichtigste sei. Die Frage des Verkehrs sei in der gegenwärtigen Zeit so wichtig, daß sie alle Stellen in Reich, Provinz, Ländern und Gemeinden interessiere. Die Rheinprovinz habe in einer besonderen Tagung die Frage einer großen Anleihe durch Durchführung einer Straße von Düsseldorf, Köln nach Essen behandelt. Es seien Entschließungen eingelaufen, die für den Antrag der rheinischen Provinzialverwaltung sprächen, aber die meisten sprächen sich gegen den Antrag aus. Soweit Redner informiert sei, sei es ganz ausgeschlossen, daß die Gesetzgebung zugebe, daß der Zustand, der in früheren Jahren existierte, daß zur Abtragung der Kosten einzelner besondere Gebühren erhoben werden. Im Gegenteil stehe man im Reichstag und im Reichsrat auf dem Standpunkte, daß, wo solche Zustände existierten, auf Gesetzeswegen diese aufzuheben seien. Ob die große Straße Düsseldorf—Köln—Essen zustande kommen werde, sei eine Frage für sich. Redner befaßt sich weiter mit der Chaussierung und tritt für Kleinpflaster ein. Die Ausgaben hierfür seien aber so unerschwinglich, daß sie nicht bestritten werden könnten. Man könne daher den Anregungen der Provinzialverwaltung von Westfalen nur dahin Rechnung tragen, daß soweit es möglich sei, Anleihen für die Pflasterung zur Verfügung gestellt werden und daß in dem Tempo, in dem Straßen und Chausseen zu pflastern sind, nach Möglichkeit fortgefahren wird. Man dürfe aber nicht im Plenum sagen, es sollten so und so viel hundert Kilometer mehr gepflastert werden. Baurat Müller sei bestrebt, die Verkehrsverhältnisse nach Möglichkeit zu bessern. Die Hauptsache sei, daß man sich auf den Standpunkt stelle, daß, soweit es angehe, die Chaussierung aufhöre und mit der Kleinpflasterung angefangen werde.

Landesbaurat Müller betont, daß man in den letzten Jahren sehr viel nachzuholen gehabt habe. Infolge des Krieges sei alles in Grund und Boden gefahren worden, und man sei froh gewesen, die Straßen in etwa wieder herrichten zu können. Man habe ein großes Bauprogramm für die nächsten zehn Jahre provisorisch aufgestellt, dessen Ausführung 230 Millionen Mark verursache. Kleinpflaster sei immer das gegebene.

Darauf wird die Vorlage angenommen.

Gleichfalls angenommen werden die Vorlagen betr. Einrichtung von Wanderarbeitsstätten in den Kreisen Coesfeld, Meschede und Lüdinghausen, Ahlen, Dortmund, Hagen, Hörde, Hamm, Lippstadt, Soest, Warendorf, Tecklenburg, Steinfurt, Ahaus, Borken, Recklinghausen, Beckum, Iserlohn, Altena, Siegen, Olpe, Wittgenstein, Bielefeld, Halle, Minden, Herford, Lübbecke, Paderborn, Höxter, Büren, Brilon, Arnsberg, Meschede und Olpe, der Antrag betr. Bereitstellung von Mitteln für das Herbergswesen und der Haushaltsplan der Fürsorge im allgemeinen.

Präsident Hamm schlägt vor, infolge der vorgerückten Zeit die weitere Behandlung des Etats auszusetzen und nur noch die sozialistische Entschließung gegen Dr. Brandi wegen dessen Haltung im Reichsrat zu erledigen, dann aber die Beratungen auf morgen zu vertagen.

Die Entschließung lautet: „Der stellvertretende Bevollmächtigte der Provinz Westfalen im Reichsrat, Herr Bergwerksdirektor Brandi-Dortmund, hat sich in der Reichsratssitzung am 24. Juni 1926 bemüht, die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz durch Einspruch zu Fall zu bringen. Da das Reichsknappschaftsgesetz in seiner neuen Fassung — namentlich durch die Einführung der Familienhilfe — einen sozialen Fortschritt darstellt und wesentlich zur Entlastung der Kommunen beiträgt, kann der Provinziallandtag an dem Verhalten seines Vertreters nicht schweigend vorübergehen. Seine Stellungnahme entspricht weder dem Willen seiner Mandatgeber, noch den Interessen der Provinz und ihrer Gemeinden. Der Provinziallandtag gibt daher seinem Befremden über die Stellungnahme des Herrn Brandi im Reichsrat Ausdruck und mißbilligt sie."

Als Berichterstatter erhält zu dieser Entschließung zunächst der Abg. Frhr. von Solemacher (Ztr.) das Wort, der sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Mißbilligung des Verhaltens Brandis nicht erfolgen könne, da in diesem speziellen Fall eine Bindung Dr. Brandis in irgendeiner Form nicht erfolgt sei. Im übrigen aber könne auch nur der Provinzialausschuß eine Mißbilligung aussprechen.

Abg. Teuber (Soz.) erklärt, wenn eine Provinz ein Gesetz wie das Reichsknappschaftsgesetz einstimmig gewünscht habe und der Vertreter der Provinz dagegen Stellung nimmt, so sei die sachliche Begründung für den vorliegenden Antrag gegeben. Seine Partei müsse darauf bestehen, daß jeder Funktionär der Grundeinstellung seines Landes Rechnung trägt. Der Antrag habe nichts Ehrenrühriges und Grobes; niemandem sollten für später Instruktionen auferlegt werden. Seine Partei beziehe sich nur auf den vorliegenden Fall und erkläre, daß die Provinz mit der Haltung ihres Vertreters nicht zufrieden ist. Er bitte daher der Entschließung zuzustimmen.

Abg. Lensing (Ztr.) gibt eine Darstellung der Arbeiten des Reichsrates. Er lehnt für seine Fraktion die Entschließung ab. Er müsse erklären, daß er dem Reichsknappschaftsgesetz zugestimmt hätte. Kein Provinziallandtag aber könne einem Vertreter im Reichsrat seine Haltung vorschreiben.

Der Abg. Wetzel (Soz.) sucht die Berechtigung der Entschließung nachzuweisen, während Abg. Dr. Eichhoff sie gleichfalls ablehnt. Abg. Dr. Kaiser (Ztr.) wendet sich dann in einer persönlichen Bemerkung gegen den Abg. Teuber, dem er grobe Unterstellung vorwirft, was der Abg. Teuber energisch zurückweist.

Die Beratungen werden auf Antrag des Abg. Eichhoff abgebrochen.

Die nächste Sitzung, die sich mit der Frage weiter beschäftigen soll, wurde auf Donnerstag 9 Uhr vormittags festgesetzt.

Luftfahrt.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges. Paris, 16. März. In der Nähe von Rochefort stürzte ein französisches Militärflugzeug ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

Sport, Turnen, Wandern.

Rudersport.

Die Renngemeinschaftsfrage der westdeutschen Rudervereine.

Unterstützt durch die im November 1926 von der Düsseldorfer Renngemeinschaft übergebene Ruderanlage im Keller der Rheinhalle, plant der Rudergemeinschaftsverein aus erfahrenen und sieggewohnten Ruderern eine Renngemeinschaft zusammenzusetzen, wozu der Kölner Rudertag im Hinblick auf die Olympiade 1928 die Anregung gegeben hatte. Die Renngemeinschaftsfrage hat im übrigen inzwischen auch in der Jahres-Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Regatta-Verbandes eingehende Behandlung gefunden. Man beschloß die Unterstützung der Verbandsvereine mit Rat und Tat, soweit sie für die Olympiade 1928 in Frage kommt. Außerdem wurde die Bildung von Renngemeinschaften erneut beschlossen, die im vorigen Jahre an der Ablehnung einzelner Vereine und teilweise auch an dem Mangel geeigneter Ruderer scheiterte. Sicherlich wird bald die Zeit kommen, wo die westdeutschen Rudervereine allgemein anerkennen, daß Renngemeinschaften notwendig sind, wenn gegen erstklassige ausländische Mannschaften Erfolge erzielt werden sollen. Der Verband will aus dieser Erwägung heraus nach Beendigung der diesjährigen Regatta-Saison die Bildung von Renngemeinschaften nach bereits bewährtem englischen und amerikanischen Muster erneut vornehmen.

Schwimmsport.

Sechs deutsche Schwimmer und Schwimmerinnen in Brüssel.

Die deutsche Expedition zum Internationalen Jubiläums-Schwimmfest des Royal-Schwimm-Clubs Brüssel am 20. März, die gleichzeitig den ersten Nachkriegsstart deutscher Schwimmer in Belgien vollzieht steht jetzt endgültig fest. Es starten insgesamt 6 Deutsche und zwar der Weltrekordmann Erich Rademacher-Magdeburg, der deutsche Meister Frölich-Magdeburg, der neue deutsche Rekordmann im 100-Meter-Freistilschwimmen Derichs-Köln, der Europameister im Springen Luber-Berlin, Schumm-Köln und Frl. Reni Erkens—Oberhausen. Den schwersten Kampf hat Derichs zu bestehen, der auf den vielfachen Weltrekordschwimmer Arne Borg-Schweden trifft. Eine Wiederholung der Budapester Europameisterschaft im Brustschwimmen gibt es mit dem Zusammentreffen zwischen Erich Rademacher und dem belgischen Rekordmann van Parijs-Gent, bei der die übrigen Teilnehmer Decombe-Belgien und Boudier-Frankreich nur eine untergeordnete Rolle spielen werden. Der deutsche Meister im Rückenschwimmen, Frölich-Magdeburg trifft auf den belgischen Meister Thienpont sowie einige englische und spanische Schwimmer. Frl. Reni Erkens hat gegen die holländische Rekordschwimmerin Frl. Baron, Mlle. Boudier-Belgien und Mlle. Ledour-Paris anzutreten. In allen Wettbewerben stehen also den deutschen Teilnehmern harte Kämpfe bevor. In der Wasserball-Konkurrenz des Schwimmfestes wird die Mannschaft des veranstaltenden Vereins ihre Kräfte mit dem Club de Nation Barcelona messen.

Der schwedische Weltrekordmann Arne Borg und die Holländerinnen Frl. Baron und Frl. Braun (Rotterdam) in Paris siegreich.

In Paris fand am Montag abend ein Internationales Schwimmfest statt, in dessen Mittelpunkt die Starts des schwedischen Weltrekordmanns Arne Borg und der holländischen Meisterschwimmerinnen Frl. Baron und Frl. Braun standen. Arne Borg siegte in einem 400-Meter-Freistilschwimmen, zu dem der französische Kanalrekordschwimmer Géo Michel das Startzeichen gab, sicher gegen eine 4 mal 100-Meter-Freistil-Herrenstaffel und gewann außerdem das internationale 1000-Meter-Freistilschwimmen, zu dem u. a. auch die Kölner Ludwig und Burmenich verpflichtet waren, sicher. Im 200-Meter-Brustschwimmen schlug die holländische Meisterin Frl. Baron-Rotterdam die Belgierin Frau Lamot-van den Bogaert und die Pariserin Frl. Padou, während sie im 100-Meter-Freistilschwimmen von ihrer Klubkameradin Frl. Braun auf den 2. Platz vor Frl. Ledour-Paris verwiesen wurde.

Lustige Ecke.

Seine Meinung.

Sie: „Wenn ich gestorben bin, setze auf meinen Grabstein: Im Himmel ist ewiger Frieden!"

Er: „Wollen wir nicht lieber schreiben: Im Himmel war ewiger Frieden?"

Verantwortlich für den Allgemeinen Teil Paul Koene, für Politik Heinrich Heitemann, für Kunstkritik Dr. Rudolf Predeek, für Feuilleton Dr. Gottfried Hasenkamp, für Handel und Sport Josef Engbers, für Inserate Anton Busch, sämtlich in Münster. Druck und Verlag der Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung Münster i. W.





Nehmt Vitagal

von früher Jugend bis ins Greisenalter, denn „Vitagal" ist der Gesunderhalter!

Das Aufbau- und Nährsalz „Vitagal" enthält alle wichtigen Stoffe, die zur Gesunderhaltung erforderlich sind. „Vitagal" ist ein nervenanregendes und nervenstärkendes Präparat von grossem Nährwert und von hohem Wohlgeschmack. Es fördert die Verdauung, wirkt aufbauend, blutreinigend und blutbildend. „Vitagal" ist den Salzen der natürlichen, weltbekannten Mineralquellen nachgebildet und enthält ausserdem als wirksame Stoffhohe Mengen Eiweiss und Fett. In den Apotheken und Drogerien M. 3,- pro Glas, für 3 Monate ausreichend

Chemische Fabrik Dr. Hans Sachsse, G. m. b. H., Berlin NW 7.

Auslieferungslager: Albert Hausmann, Münster, Spiekerhof 6. s68

Achtung! Raucher!

Sonderverkauf!

Auf meine bekannt vorzüglichen

Qualitäts-Zigarren

gebe ich bis auf weiteres

10 bis 15% Rabatt

bei jedem Zigarren-Einkauf, auch Einzelverkauf (außer Wolf)

Nutzen Sie diese nie wiederkehrende Gelegenheit aus

Zigarren-Import-Haus

Wilh. Jablonski, Münster

— Telephon 4360 —

Rolandshof gegenüb. d. Hauptbahnhof — **Aegidiistraße 46** Ecke Mühlenstraße

Prinzipalmarkt 22 gegenüber dem Münst. Anzeiger f1216)b

Den neuen Anzug u. Übergangsmantel

zum Frühjahr in vornehmer Gediegenheit zu billigen Preisen fertigt an die f17e

Maßschneiderei Gottbehüt,

Krummertimpen 57

Prima Tilsit. Vollfettkäse

Pfund 1.20 u. hochfeine

Tafelbutter

z. St. Pfd. 1.80 — 1.90 vers. fr. Postnachnahme

F. Herrmann, Tilsit

Ragnitzerstraße 99. h3825)ä

Theater der Stadt Münster

Spielplan vom 17. 3. bis 19. 3.

Donnerst. 17. 3.	7½ Uhr	Gespenster „Ostspiel d. Düsseldorfer Schauspielhauses Pr. 5 außer Miete
Freitag, 18. 3.	7 Uhr	Romeo und Julia (Schülerm.) Pr. 3
Samstag, 19. 3.	7 Uhr	Carmen Gastspiel Maria und Else Schulz-Dornburg Pr 4

12% Zinsen

zahlt seriöser Geschäftsmann für ein Darlehn von ℳ 10.000.— gegen erstklassige, sofort realisierbare Sicherheit in mehrfacher Höhe. s78r

Offerten unter **Nr. 455** an die Annonc.-Expedition **M. Löckertz,** Ludgeristraße 12.

Nachruf.

Am Dienstag den 15. d. Mts., verschied plötzlich und unerwartet infolge eines Herzleidens im besten Mannesalter unser allverehrtes und treues Mitglied

Herr Landesrat Otto Hobrecker

Hasso-Nassoviae (M. F., XXX) Rheno-Guestphaliae.

Der Verstorbene war früher mehrere Jahre hindurch Schriftführer und Mitglied des Vorstandes unseres Verbandes und stets ein eifriger Verfechter des Corpsstudententums.

Wir betrauern aufrichtig und aufs tiefste seinen allzufrühen Tod und werden ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bezirksverband Münster des Verbandes aller Corpsstudenten.

Cludius, Vorsitzender — Dr. Dreist, Schriftführer.

h40906

Fahrräder

emailliert und vernickelt in sauberster Ausführung schnell und preiswert

Clemens Döbbeler

Münster i. W. s2)r

Königstraße 43 — Steinfurterstraße 12



Oberhemden

durch eigene Fabrikation besonders vorteilhafte Preise

Joh. Heinr. Jansen

f6405x

Ziehung 24. u. 25. März — **Wohlfahrts-Lotterie** zugunsten der Krüppel- u. Pflegeanstalt Bethesda in Angerburg. 1 Los 3.— 6951 Gewinne u. 1 Prämie im Gesamtw. von

20000.— 60000.— 50000.— 10000.— usw

nächste Ziehung — **Marienkirchen-** Doppel- los Mk 2 Einzel- los Mk 1 18122 Gew. u. 6 Prämien

165000.— Höchstgewinn, Doppelles 60000.— Höchstgewinn, Einzelles 30000.— 2 Hauptgewinne 20000.— 2 Prämien 10000.— usw.

Glücksbrief 1 Wohlfahrts-Los, 2 Mariens.-Doppel-Lose } Mk 7.—.

oder 1 Wohlfahrts-Los, 1 Doppelles b. Mariens. } Mk. 5.—

(Porto und Liste für jede Lotterie 30 Pfg extra.) — Für auswärtige Spieler Versand unter Nachnahme od. gegen Voreinsendung per Postanweisung.

Glückskollekte F. Vendel G.m.b.H.,

Münster i. W.

nur Salzstraße 57

im Hause Weinhandlung C. Riemer *9

Frühjahrs-Mäntel u. Kostüme

sind jetzt in großer Auswahl am Lager. Ich biete die schönsten u. besten Stoffe, neue aparte Formen für jeden Geschmack und jede Figur.

Besuchen Sie mich bitte, damit Sie sich von meiner Preiswürdigkeit überzeugen können.

Rawe

Das Haus der guten Qualitäten

Kath. Arbeiter-Verein Münster-Süd.

Nachruf!

Gestern entschlief sanft im Herrn unser treuer Präses, der hochw. Herr

Kaplan August Pleye.

Tiefbekümmert stehen wir an der Bahre dieses edlen Priesters, der seit dem Jahre 1912 unermüdlich für den Verein gearbeitet, 15 Jahre lang den Mitgliedern und ihren Familien ein trefflicher Berater in allen Anliegen war. Gott weiß allein, wie viel Gutes er gewirkt. Gott der Herr möge auch sein ewiger Lohn sein!

Der kath. Arbeiter-Verein Münster-Süd

I. A. **Bierbaum**, Vicepräses.

Alle Mitglieder sind mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen, an den Beerdigungsfeierlichkeiten, die am Freitag, morgens 9 Uhr, in der Antoniuskirche beginnen, teilzunehmen. Außerdem findet am Montag, d. 21. März, 6½ Uhr ein Seelenamt des Vereins für den verstorbenen Präses in der Antoniuskirche statt, wozu herzlichst eingeladen wird. f1260w

---

Kath. Frauen- u. Mütterverein „Liebfrauen"

†

Unser Mitglied

Frau B. Portz

geb.: Hörstkamp

ist gestorben.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, 18. März, nachm. 4 Uhr vom Schloßplatz 6 aus. Das Seelenamt am gleichen Tage morg. 9 Uhr in der Liebfrauenkirche. Die Mitglied. sind hierzu besonders eingeladen. f1255e

Kochmeyer

Stadtdechant

Statt jeder besonderen Anzeige.



Am 14. März des Jahres verschied zu Hague nach kurzer Krankheit meine gute Mutter und Schwiegermutter, unsere liebe Großmutter

Frau Clemens Vonnegut

Luise geb. Rinke

nach vollendetem 63. Lebensjahr.

Hague (N. Dakota) U. S. A., den 15. März 1927. *w

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Dr. med. Felix F. Vonnegut.

Zuchtschweine-Verkauf.

Am Montag, den 21. März 1927, nachmittags 1½ Uhr läßt Herr B. Marxmann in Herzebrock Mitglied und anerkannter Züchter der Minden-Ravensberger-Züchtervereinigung:

23 tragende Erstlinge, 3 tragende Sauen, 20 Mutterschweine (4 Monate alt), 4 deckfähige Eber, 1 angehörter Zuchtbulle (Ostfriese, ca. 1000 Pfund schwer), öffentlich meistbietend gegen längeren Kredit verkaufen. Sämtliche Tiere stammen von eingetragenen Eltern und können 2 Stunden vor dem Verkauf besichtigt werden. h4034w

Herzebrock, im März 1927.

J. C. Heinermann. Auktionator.

Verloren u. Gefunden

Verloren

auf dem Wege Himmelreichsallee—Hülfferstraße—Westring

braun. Wildledertäschchen

in dem sich eine Lorgnette an goldener Kette mit bunten Steinen befand. Gegen gute Belohnung abzugeben. Westring 11a *6579e

---

Tanzkursus für Anfänger beg. am Dienstag den 22. März, abends 8½ Uhr im Saale Restaur. Köchling, Warendorferstr. 34, Eingang zum Saal Ostfr. Meldg dortselbst und Bahnhofstr. 58 Telephon 4073 f1219)r

Tanzlehrer Jos. Schmedding.

Thermogene-Watte



von vielen Tausenden seit 30 Jahren mit großem Erfolg angewandt bei:

Gicht, Rheuma, Ischias Hexenschuß

Grippe

Katarrhen der Atmungswege f43)n

Nur echt mit dem Namen und Schutzmarke

Zu haben bei: Drog. Bischof, Wolbeckerstr. 65, Drogerie C. Franke, Frauenstraße 1, Drogerie A. Hausmann, Spiekerhof 6—7, Mohren-Drog. A. & F. Hausmann, Ludgeristraße 26—27, Hörster Drogenhaus G. Mennemann, Alter Fischmarkt 9—10, Reform-Drog. Fr. Marquard, Rothenburg 46, Servatii-Drog. O. Krumbein, Salzstraße 35.

Generalvertreter **L. Bauer, Aachen, Südstr. 53.**

Ziegelsteine,

Vor- und Hintermauerungssteine, liefert prompt f1251)r

M. Junghannß

Turmstr. 1 **Münster** Tel. 1776

Holz-Verkauf

im Forstrevier Herdring, Kspl. Hiltrup.

In den Distrikten Mitling-, Lohmanns- und Wichmannsheide (4a, 5b und 8a), in unmittelbarer Nähe der Wirtschaft Wienecke an der Hiltrup-Amelsbürener Chaussee beginnend sollen am

Dienstag den 22. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr.

15 Eichenklafter Rundholz, zu Riegelpfählen und Bauholz,

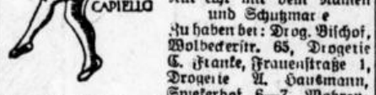
2500 Kiefernstangen zu Baumpfählen, Einfriedigungsstangen und Brennholz sowie

4 Nummern Eichenzopfholz

öffentlich mit dem Meistgebote zum Verkauf ausgesetzt werden. *w

Münster (Westf.), den 15. März 1927. Königstraße 46a.

Frhrl. von Heereman'sche Hauptverwaltung



Ferkelverkauf!

Verkaufe **Freitag, den 2. März** um 10 Uhr bei der Wirtschaft **Heinrich Stutter in Woldbeck** und um 1 Uhr bei der Wirtschaft **Dernsmann in Albersloh** um 5 Uhr bei der Wirtschaft **Junsthövel in Sendenhorst** etwa 60 bis 70 gute 6 und 8 Wochen alte hannoveraner Ferkel

Sievert Ostenfelde Telephon 35 Westkirchen. h4058y



Verkauf einer **großen Ladung**

Seefische

nur in meinem Geschäft

Hammerstraße

Schellfisch . . . . Pfd. 20 ₰ an
Knurrhahn . . . . „ 20 ₰
Scholle . . . . . „ 25 ₰
Kabeljau . . . . . „ 25 ₰

Ferner: Seelachs, Forelle, Zunge, Heilbutt

Flußhecht. f1253r

Filetfisch, tafelfertig für die Pfanne Pfd 40 ₰

Seemuscheln 3 Pfd. 25 ₰, grüne Heringe Stockfisch, gewässert Pfd. 45 ₰ Salzheringe, Marinaden, Räucherfische alle Arten Käse und Delikatessen.

Seefischgroßhdlg. **Hammerstr. 25**

H. Hambrock

— Telephon 2584 —

Größtes Spezialgeschäft am Platze. Beste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer

---

Die 1880 erfundene und stetig verbesserte chemische Reinigung macht das Kleidungsstück hygienisch einwandfrei. Das altbekannte Bügeln gibt Fanon. Beides trägt dazu bei, je nachdem es nötig ist, das Kleidungsstück zu pflegen und zu seiner Erhaltung beizutragen. r9656)y

Jullus Renfert

Färberei u. chem. Waschanstalt

Fernruf 977 **Münster i. W.** Fernruf 977

Gute, gebrauchte

Klaviere u. Flügel

von Mk. 600.— an

bei vollster Garantie und kleinster Abzahlung.

f1254r **Musikhaus**

Hack & Schlichting

Ludgeristr. 28a — Fernruf 2350



Gubin

„Gubin" ist ein bewährtes Mittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche und zur Anregung der Freßlust. Zu haben in Apotheken u. Drog. Preis 1.25 Mk

---

Verein ehem. Artilleristen.

Münster i. W.

Einladung zur

Versammlung

am 19. März 8½ Uhr abends im Hansahof, Lütkegasse 5.

Tagesordnung wird in der Versamml. bekannt gegeben. Musik ist zur Stelle. f1256

Der Vorstand.

Verein ehem. Kamerad. des 16. Armeek.

Am Samstag, 19. März abends 8½ Uhr beim Kameraden Brabender, Königstraße 9

General versammlg.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiche Beteiligung bittet

*e **Der Vorstand.**



Zoo!

Blomenkamps

13. Aufführung
Donnerstag, 17. März abds 8 Uhr numeriert. Karten ausverkauft.

14. Aufführung:
Samstag, d. 19. März abds. 7 Uhr, numeriert. Karten ausverkauft.

15. Aufführung
Sonntag, d. 20. März abends 7½ Uhr

16 Aufführung:
Dienstag, d. 22. März abends 8 Uhr.

17. Aufführung:
Donnerstag, 24. März abends 8 Uhr.

Vorverkauf bei der Buchhandlg. Greve, Prinzipalmarkt 9 abends an der Kasse soweit vorrätig. f72e

---

Baby-Aussteuern

in bester Qualität u. vorzüglicher Verarbeitung. Ganz besonders preiswert!



THEODOR Cloer

Ludgeristr. 9

Die

schönsten Frühjahrsneuheiten in Damen- u. Herrenstoffen

finden Sie im

Spezial-Geschäft H. zur Hörst,

Rothenburg 33. s77r

Wirtschaft im Münsterland

zu pachten gesucht. Offerten an

P. Velhacke Recklinghausen

Kunibertistraße 27 h4078

Soeben erschien in neuer Auflage

Verkehrskarte von Deutschland

für die

Leser und Geschäftsfreunde des

MÜNSTERISCHEN ANZEIGERS

Entworfen von Professor Dr. H. HAACK im Verlag JUSTUS PERTHES, Gotha Maßstab 1:1500000, Größe 84 × 110 cm

Völlig neues System der Darstellung!

Größte Klarheit und Übersichtlichkeit
Kein mühseliges Suchen mehr

Unentbehrlich

für Industrie und Handel, Schiffahrt und Verkehr, Schule und Haus, alle Behörden

Von der Deutschen Reichspost

durch umfangreiche Bestellungen eingeführt!

Die Karte enthält

von Paris bis Warschau, von Kopenhagen bis weit über die südlichen Grenzen Deutschlands: alle Haupt-, Mittel- und Nebenbahnen / Eisenbahn-Direktionen, Knotenpunkte und Umsteigeplätze / Endstationen von Zweigbahnen und Nebenlinien / alle Schiffahrtslinien mit Ziel und Reisedauer / Anfangspunkte der Flußschiffahrt / alle wichtigen Kanäle / Staatengrenzen, alte und neue Grenzen

Alles in mehrfarbigem Druck auf dauerhaftem, holzfreiem Papier

Durch den Münsterischen Anzeiger bezogen

nur 1 Mark *statt 3.50 Mk. Ladenpreis*

aufgezogen auf Leinen mit Stäben 4,50 Mk.

Bestellungen bei unseren Boten, Agenturen oder der Geschäftsstelle des Münsterischen Anzeigers, Münster i. W., Prinzipalmarkt 13-14 und Rheine, Emsstraße 34a. ebenfalls bei der Ann.-Exp. E. Vendel, G. m. b. H., Münster i. W., Salzstraße 57

Versand unter Umschlag an jede gewünschte Adresse (für das unaufgezogene Exemplar Stck. 1.20 Mk., für das aufgezogene Stck. 5,20 Mk.) nur durch die Hauptgeschäftsstelle des Münsterischen Anzeigers, Münster i. W., Prinzipalmarkt 13-14. e

Aus der Stadt.

Münster, 17. März.

* **Vom Stadttheater.** Am Donnerstag findet das einmalige Gastspiel des Düsseldorfer Schauspielhauses mit Ibsens „Gespenstern" statt. Das Abonnement ist für diese Vorstellung aufgehoben. Außer den Schauspielmitgliedern des Düsseldorfer Schauspielhauses werden in dieser Vorstellung die Leiter des Institutes, Louise Dumont und Gustav Lindemann, mitwirken und die beiden Hauptrollen zur Darstellung bringen. Dem münsterischen kunstliebenden Publikum steht mit dieser Aufführung der Genuß einer schauspielerischen Höchstleistung bevor. Der Vorverkauf zu der Aufführung hat sehr stark eingesetzt, es sei daher empfohlen, sich Plätze im Vorverkauf zu sichern. Preise 5. Die nächste Abonnementsvorstellung C ist auf die kommende Woche verlegt. Der Vorverkauf für die am Samstag stattfindende Vorstellung von „Carmen" mit Else und Marie Schulz-Dornburg hat begonnen. Bei der stürmischen Nachfrage empfiehlt es sich, Karten im Vorverkauf zu besorgen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vorstellung um 7 Uhr beginnt, nicht wie auf dem Spielplan angegeben 7,45 Uhr.

+ **Ballonfahrt.** Der Ballon „Münster V" machte gestern von 9,30 bis 4,30 Uhr unter der Führung von Dr. Predeek eine sonnige Frühlingsfahrt. Die Landung erfolgte glatt bei Emlichheim in der Grafschaft Bentheim.

⚘ **Ein Tobender auf dem Arbeitsnachweis.** Ein 44jähriger erwerbsloser Mann ließ es sich einfallen, einen Beamten des hiesigen Arbeitsnachweises zu beleidigen. Selbstverständlich wurde ihm sofort ein weiterer Aufenthalt in den Büroräumen des Arbeitsnachweises verboten. Den Aufforderungen der Beamten, das Haus zu verlassen, kam der Mann nicht nach, so daß er schließlich durch einen inzwischen alarmierten Polizeibeamten gewaltsam an die frische Luft befördert werden mußte. Sein überlautes, unmotiviertes Schimpfen und Brüllen verursachte natürlich vor dem Arbeitsnachweis einen großen Menschenauflauf. Trotz des energischen Auftretens des Polizeibeamten kam der sich wie unsinnig gebärdende Mann nochmals laut schreiend in die Räume des Arbeitsnachweises, so daß er wiederum gewaltsam entfernt und sogar zur Polizeiwache transportiert werden mußte. Auch hier war das Benehmen des Mannes derart wüst, daß sich die Beamten gezwungen sahen, den Tobenden in eine Zwangsjacke zu stecken, um so seinen Widerstand zu brechen. Ein Gerichtsverfahren wegen der verschiedensten Delikte wird die Folge für dieses unvernünftige Auftreten sein.

⚒ **Verkehrsunfälle.** Am Dienstagnachmittag gegen 1 Uhr kam es zu einem Zusammenstoß auf dem Servatiiplatz zwischen einem Personenkraftwagen und einem Straßenbahnwagen. Der Straßenbahnwagen wurde beschädigt und Personen glücklicherweise nicht verletzt. Durch diesen Vorfall wurde eine Verkehrsstockung von 5 Minuten hervorgerufen. — Auf der Hafenstraße fuhr das Pferdegespann eines hiesigen Fleischermeisters hinter einem Handwagen her. Plötzlich scheute das Pferd des Fleischerwagens und setzte in Galopp über. Der Lenker des Pferdes konnte das Pferd unter Aufbietung aller Kräfte soeben auf die Seite reißen, so daß der Handwagen links überholt wurde. Der Mann, der den Handwagen führte, wurde zur Seite geschleudert und so erheblich verletzt, daß er mit dem Krankenwagen in das Clemenshospital geschafft werden mußte. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

⚍ **Die rauflustige Jugend Münsters und das Gericht.** Gelegentlich einer Schöffengerichtsverhandlung erklärte Landgerichtsdirektor Langes, in Zukunft würde man bei jedem Roheitsdelikt mit empfindlichen Freiheitsstrafen einschreiten. Nachdem Direktor Langes im vergangenen Jahre in dieser Hinsicht energisch vorgegangen war, und einige Raufbolde von der Anklagebank aus in das Gefängnis gewandert waren, war ein erhebliches Nachlassen der Schlägereien und Ausschreitungen junger Burschen zu bemerken. In letzter Zeit dagegen schien man die warnenden Beispiele vergessen zu haben. Infolgedessen soll jetzt wieder in derartigen Fällen von der Zubilligung einer Bewährungsfrist abgesehen werden und die sofortige Verhaftung ausgesprochen werden.

○ **Das Neueste in Kürze.** In den Anlagen des Servatiiplatzes wurde eine Person in hilflosem Zustande aufgefunden. Sie mußte mit dem städtischen Krankenwagen zum Clemenshospital gebracht werden. — Eine große Schaufensterscheibe wurde auf der Frauenstraße von unbekannten Personen eingeschlagen. Eine Polizeistreife wurde auf zwei Personen aufmerksam gemacht, die sehr wahrscheinlich als Täter in Frage kamen. Zur Rede gestellt, stritten sie die Tat natürlich energisch ab. Bei einem der Männer stellte aber der Beamte als wichtiges Indiz fest, daß der Mantel am linken Arm eingeschnitten und mit Glassplittern übersät war. Trotz und alledem stritt der Überführte die Täterschaft ab, was sich angesichts der Kostspieligkeit dieses Scherzes wohl verstehen läßt, aber vergeblich sein dürfte.

Aus dem Tätigkeitsbericht der Westfälischen Provinzial-Feuersozietät.

Der Tätigkeitsbericht der Westfälischen Provinzial-Feuersozietät für 1925, der dem am 13 März zusammentretenden 72. Westf. Provinziallandtag vorgelegt wurde, gibt zunächst eine Übersicht über den Vermögensabschluß für 1925. Besonderem Interesse der Allgemeinheit dürfte dabei die Angabe begegnen, daß 5 148 095 Mark Brandschäden gezahlt wurden und die besonderen Barauslagen zur Förderung des Feuerlöschwesens 64 279 Mark betrugen. Rechnet man zu letzterem das hinzu, was außerdem die Sozietät für sonstige gemeinnützige Feuerverhütung und -bekämpfung aufgewendet hat, so ergibt sich allein für 1925 ein Gesamtbetrag in Höhe von rund 167 500 Mark. Damit hat die Sozietät für Zwecke des Feuerlösch- und Verhütungswesens aus eigenen Mitteln eine Summe bereitgestellt, wie bislang in keinem Jahre zuvor. Trotzdem verblieb, wie mit Befriedigung festgestellt werden kann, ein Nettoüberschuß von 488 913 Mark. An Reichsversicherungssteuer führte die Sozietät über 239 000 Mark an den Fiskus ab.

Im Berichtsjahre 1925 waren bei der Westf. Provinzial-Feuersozietät für 2 825 364 000 Mark Gebäude und für 1 359 943 000 Mark Mobiliar versichert, insgesamt also für ungefähr 4,2 Milliarden Mark. Die gesamten von der Feuersozietät und den Umlagen versicherten Werte betrugen mehr als 8,1 Milliarde. Wenn die Sozietät der Verhütung des Blitzschadens so großen Wert beimißt, so wird die Notwendigkeit dafür bewiesen durch die Nachweisung des Geschäftsberichtes, daß im Jahre 1925 durch 422 Blitzschläge Vermögenswerte von rund einer Viertelmillion vernichtet und entschädigt wurde, also auf jeden Tag weit mehr als ein Blitzschade kam.

Über den Vermögensstand der Sozietät sei übrigens noch bemerkt, daß der gesamte Gebäude- und Grundbesitz der Sozietät in Münster, Bochum, Dortmund und Bielefeld im Werte von rund 2 Millionen Mark vollständig abgeschrieben ist.

Der Feuerwehr-Unfallhilfskasse, die von der Sozietät ehrenamtlich verwaltet wird, gehörten 905 Wehren der Provinz mit 48 031 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1925 an; doch traten bis Ende März 1926 noch 39 Wehren mit 2653 Mitgliedern dieser segensreich wirkenden Wohlfahrtseinrichtung neu bei. In mehr als 200 Fällen, davon mehreren mit tödlichen Verletzungen, trat die Kasse in Wirksamkeit. Das ist eine Unfallziffer, wie sie seit Gründung der Kasse (in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts) nicht zu verzeichnen war. Obgleich diese Kasse im Berichtsjahre mit einem Fehlbetrage von 2128,37 Mark ihre Tätigkeit begann und an täglichen Krankengeldern, Renten, einmaligen Abfindungen und Kurkosten insgesamt 66 192 Mark zahlte, hatte sie doch Ende des Jahres einen Überschuß von 18 620 Mark. Ihre Rechnung balanzierte mit rund 87 800 Mark. Damit ist ihrem Bestand zum Wohle der bei ihr versicherten Wehren aufs beste gewährleistet.

Die Verkehrskarte für Deutschland des „Münsterischen Anzeigers".

Erwartungsgemäß hat die Verkehrskarte für Deutschland, die wir vor einigen Wochen für unsere Bezieher zur Ausgabe gelangen ließen, eine solch günstige Aufnahme gefunden, daß eine Neuauflage notwendig geworden ist. Es handelt sich bekanntlich um eine Wandkarte im Maßstab: 1 : 1 500 000, Größe 84×110 Zentimeter. Sie reicht von Paris bis Warschau, von Kopenhagen bis weit über die südlichen Grenzen des Deutschen Reiches. Der Entwurf stammt von Professor Dr. Hermann Haak im Verlag Justus Perthes, Gotha.

Die Karte gibt ein übersichtliches, vollständiges Bild des gesamten deutschen Eisenbahnnetzes und der mitteleuropäischen Eisenbahnstrecken. Die Verkehrslinien selbst sind in Haupt-, Mittel- und Nebenbahnen deutlich gegliedert. Verkehrstechnisch wichtige Plätze, wie Eisenbahndirektionen, Knotenpunkte und Umsteigeplätze, sind besonders hervorgehoben. Die Endstationen auch von Zweigbahnen und Nebenlinien sind aufgenommen.

Die Anfangspunkte der Fluß-Schiffahrt und alle wichtigen Kanäle sind deutlich eingezeichnet. Das Flußnetz tritt durch Blaudruck hervor. Aus den Hafenorten strahlen rote Schiffahrtslinien mit Angabe von Ziel und Reisedauer aus.

Die Staatengrenzen sind in grüner Farbe aufgedruckt, alte und neue Grenzen dabei besonders hervorgehoben.

Die Art der Darstellung, die eine kartographisch genaue Wiedergabe in prachtvoller, plakatmäßiger Aufmachung ermöglicht, hat nicht ihresgleichen. Sie ist weder mit den unübersichtlichen Kursbuchkarten zu vergleichen, noch mit jenen geographischen Spezialkarten, die durch ihre mikroskopische Strichführung den praktischen Gebrauch in Geschäft und Leben hindern. Bei dieser neuen Verkehrskarte gibt es kein mühseliges Suchen mehr. „Finden und Lesen auf den ersten Blick" ist ihr charakteristisches Merkmal.

Es gibt keine bessere Bestätigung des Wertes und der Anerkennung, die diese Karte in kürzester Zeit sich errungen hat, als die Tatsache, daß bedeutende Firmen der Industrie und des Handels diese Karte erworben haben, daß weiterhin zahlreiche Behörden, wie z. B. die Deutsche Reichspost, umfangreiche Bestellungen aufgegeben haben.

Durch den „Münsterischen Anzeiger" bezogen kostet diese Karte nur 1 Mark (Ladenpreis 3,50 Mark), aufgezogen auf Leinen mit Stäben 4,50 Mark. Bestellungen nehmen unsere Boten und Agenturen sowie die Geschäftsstellen des Münsterischen Anzeigers in Münster i. W., Prinzipalmarkt 13—14, und Rheine, Emsstraße 34a und die Annoncen-Expedition E. Vendel, Salzstraße 57 entgegen.

Versand unter Umschlag gegen Einsendung von 1,30 Mark bzw. von 5,20 Mark für das aufgezogene Exemplar an jede gewünschte Adresse nur durch die Hauptgeschäftsstelle Münster i. W., Prinzipalmarkt 13—14.

Mit dem Schwurgericht nach Heek.

ck **Münster**, 16. März.

Die Dienstagsverhandlung führte die Geschworenen nach Heek. Es handelte sich um ein Meineidsverfahren gegen die 24jährige Haustochter Elisabeth Epping, das bereits in der letzten Schwurgerichtssitzung vertagt werden mußte, weil das Gericht zur Beurteilung der Sachlage eine Ortsbesichtigung für notwendig hielt. Schon vor 9 Uhr stand ein Autobus der Betriebsgesellschaft Münsterland bereit, das Gericht hinauszufahren. Nach 1½stündiger Fahrt hielt der Wagen vor dem Amtshaus zu Nienborg.

Sofort nach der Ankunft begann die öffentliche Verhandlung. Angeklagte und Zeugen wurden vernommen. Dem Verfahren gegen die Angeklagte Epping lag eine Verhandlung am 28. April 1926 vor dem Amtsgericht in Ahaus gegen den Stiefvater der Angeklagten zugrunde. Er sollte am Allerseelenabend des Jahres 1925: 250 Pfund Kartoffeln gestohlen haben. Noch am gleichen Abend hatte der Bestohlene Anzeige bei der Polizei erstattet. Die trotz der Dunkelheit aufgenommene verdächtige Spur einer Schiebkarre endete vor dem Hause der Epping. Durch eine sofortige Haussuchung überzeugte sich die Polizei von dem Kartoffelvorrat. Am nächsten Morgen besahen sich die Bestohlenen die in Frage kommenden Kartoffeln, und es entwickelte sich ein Gespräch zwischen den Frauen der beiden Familien über die „Schubberigkeit" der Kartoffeln. Bei diesem Gespräch, das sich teils im Keller, teils in der Küche abgespielt haben soll, war die Elisabeth Epping zugegen. In der Sitzung des Amtsgerichts in der Strafsache gegen den Händler Ackerskott, den Stiefvater der Epping, wurde die heutige Angeklagte vernommen. In ihrer Zeugenaussage fanden sich etwa zehn Punkte, die nicht der Wahrheit entsprechen sollten. Durch die eingehende Voruntersuchung wurden acht Punkte hinfällig; nur in zwei Punkten hielt man die Eidesverletzung für gegeben. Der Sachverhalt, wie ihn die Epping schilderte, war kurz folgender: Am Allerseelentage des Abends war sie mit ihrem Bruder und Stiefvater ins Dorf Heek gegangen; sie hatten eine Schiebkarre mitgenommen, um von dem Friedhof Schutt abzuholen. Während Zeugen behaupteten, die drei seien mit einem gewissen Münstermann nach Besichtigung des am Friedhof gelegenen Kriegerdenkmals, das an diesem Abend illuminiert war, den Weg zur Vikarie gefahren, mit anderen Worten den Weg zu dem Hause des Bestohlenen, sagte die Epping, sie hätten den sog. „Leuskesweg" nach Hause eingeschlagen. Von dem Diebstahl sei ihr nichts bekannt. Im Gegensatz zu der Frau des Bestohlenen stellte die Elisabeth Epping das Gespräch zwischen den Frauen am Morgen nach dem Diebstahl so dar, als ob der Frau des Bestohlenen bei Besichtigung der Kartoffeln bei Tageslicht Bedenken über ihr Eigentumsrecht wegen der Schrubbeligkeit" gekommen seien. Auch in der Verhandlung des Schwurgerichtes blieben die Zeugen bei ihren ersten Angaben vor dem Amtsgericht in Ahaus.

Das Gericht besichtigte darauf die Örtlichkeit in Heek. Nach den Wegeverhältnissen bestand die Möglichkeit, daß die heimkehrenden Eppings zuerst den Weg zur Vikarie eingeschlagen hatten, dann aber auf den „Leuskesweg" abbogen. Bei der Geistesverfassung der Angeklagten hielt das Gericht es für möglich, daß die Epping die Gespräche im Keller und in der Küche zwischen den Frauen nicht so genau zeitlich und örtlich trennte, wie es die Frau des Bestohlenen tat. Andererseits könne aber auch bei dieser ein Irrtum vorliegen. Die Angeklagte wurde deshalb mangels Beweises freigesprochen.

Aus dem Provinzialverein für Wissenschaft und Kunst.

Sitzung der Zoologischen, Botanischen und Prähistorisch-Anthropologischen Sektion.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung vom Freitag, den 25. Februar, setzte der Vorsitzende, Museumsdirektor Dr. Reichling, die Versammlung von dem Ableben des hochverehrten Ehrenmitgliedes der Zoologischen Sektion, Herrn Rudolph Koch, in Kenntnis. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles und nach Bekanntgabe der kürzlich eingegangenen Neuerwerbungen des Provinzial-Museums ergriff Rektor Bierbrodt aus Kamen i. W. das Wort zu seinem Vortrage: „Streifzüge durch die Pflanzenwelt der Umgebung von Hamm; — über die Kalkhügel und durch die sterbende Heide". Nach einer kurzen Formationsskizze über das Gebiet, das das Lippetal mit den beiden nördlich und südlich angrenzenden Höhenzügen umfaßt, von den Beckumer Höhen bis zum Kurricker Berg im Norden und von Vellinghofen bis etwa Oberraden im Süden bot er einen Überblick über die Zusammensetzung der Flora, die auf etwa 400 Quadrat-Klm. gegen 990—950 Arten aufweist, die den verschiedensten Florenelementen angehören. Eine Reihe von Übersichtsbildern nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden erläuterten diesen ersten Teil seiner Ausführungen.

Der Waldboden des Kalkgebietes ist im Frühling bedeckt mit den weißen Dolden des Bärenlauches, den weißen Blütensternen des Buschwindröschens, mit den verschiedenfarbigen Blüten des Lungenkrautes, dem Aronstab und anderen. An einzelnen Stellen wächst auch die Knotenblume und der Seidelbast. Später entwickeln sich Maiblumen, der wollige Hahnenfuß und der Wolfsfturmhut mit seinen gelben Blüten. Auf den Äckern wächst der Wachtelweizen, der blaue Rittersporn, die Haftdolde, verschiedene Arten des Frauenflachses und andere.

Auf der Kalktrift, die wir vor allem auf den nördlichen Kalkhöhen in schöner Entwicklung noch finden, grüßt ein farbenprächtiger Blütenflor: Die stengellose Distel, die Dürrwurz, die Bärenschote, die knäulige Glockenblume; in Hecken und im Gebüsch klettert die Waldrebe empor mit ihren im Herbst geschwänzten Früchten. Reich ist die Artenzahl der Orchideen, deren schönste Vertreter sich hier finden. Verschiedene Knabenkrautarten, darunter die Helmorchis und die Kriegerorchis seien genannt, die Fliegen- und Bienenorchis, das Waldvögelein, die Hundswurz, die fliegenartige Nacktdrüse, die zweiblättrige Kuckucksblume, die Nestwurz und andere. Weniger reich ist die Flora des Sandbodens, die vor allem noch in der Reck-Kamenschen Heide und in der Kerstheide ihre Vertreter findet. Glöckchenheide und das Heidekraut vor allem sind die vorherrschenden Arten, dazu eine Reihe von Gräsern und verschiedene Farne an sumpfigeren Rändern und an Grabenrändern. Die Heidedeformation wird jedoch durch die Kultur immer mehr zurückgedrängt. Nicht nur die hier angeführten, sondern auch eine große Anzahl weiterer Pflanzenarten konnte der Vortragende in guten Lichtbildern seinen Zuhörern zeigen und so ein anschauliches Bild der Pflanzenwelt der von ihm behandelten Gegend ihnen vermitteln.

Im zweiten Teile der Sitzung sprach Herr Privatdozent Dr. Koch, Abteilungsvorsteher an der Anstalt für Bienenzucht, über das Thema: „Aus dem Arbeitsgebiet der deutschen Forschungs- und Lehranstalten für Bienenkunde und Bienenzucht." Die Anstalten haben den Zweck, die wissenschaftlichen Grundlagen für eine zeitgemäße Bienenzucht in Deutschland zu erarbeiten und den Imkern Anleitungen für die praktische Behandlung der Bienenvölker zu geben. Zurzeit bestehen 14 staatliche bzw. staatlich anerkannte Institute dieser Art in Deutschland. Sie sind zum Teil Einrichtungen einzelner deutscher Länder, wie die bayerische Landesanstalt für Bienenzucht in Erlangen, das Institut für Bienenkunde der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin-Dahlem und der Lehr- und Versuchsbienenstand am Institut für Pflanzenkrankheiten der preußischen Landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten in Landsberg an der Warthe, oder es handelt sich wie bei dem Laboratorium zur Erforschung und Bekämpfung der Bienenkrankheiten an der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem, um eine Gründung des Deutschen Reiches. In anderen Fällen sind die Landwirtschaftskammern, wie in Westfalen, Pommern und Brandenburg oder die Provinzial-Imkerverbände, wie in Schleswig-Holstein, Hannover, dem Rheinlande, Ostpreußen und Oldenburg, Rechtsträger der in diesen Landesteilen bestehenden Anstalten.

Auf den Bienenständen der Institute stehen zurzeit rund 700 Völker, sodaß auf diese Weise Gelegenheit zur Erprobung alter und neuer Bauten auf Wirtschaftlichkeit, Handlichkeit usw. vorhanden ist. Im vergangenen Jahre wurden von den Anstalten im ganzen 70 Kurse über praktische Bienenkunde abgehalten, die durchschnittlich von 15 Imkern, zusammen also von rund 1000 Interessenten, besucht waren.

Im übrigen beschäftigen sich die Institute mit der Feststellung und Bekämpfung von Bienenkrankheiten, der Zucht und dem Vertrieb hochwertiger Königinnen, der Untersuchung und Vermittlung des Bezuges von Bienennährpflanzen bzw. von Samen derselben, der Prüfung von Honigsorten auf Echtheit, Reinheit, Güte und Herkunft, und sie erteilen schließlich Rat und Auskunft auf allen Gebieten der praktischen Bienenzucht.

Das sehr umfassende Arbeitsgebiet der modernen wissenschaftlichen Bienenkunde, dem jüngsten Zweig der angewandten Biologie, wurde in dem Vortrag durch eine große Reihe von Lichtbildern, die einen Einblick in den Betrieb der einzelnen Institute gaben, eingehend erläutert.

Zuschriften aus dem Leserkreise.

Noch ein Notsignal vom Kanonengraben.

Wie alle Welt, so sahen auch die Anwohner des Kanonengrabens in früheren Jahren dem Frühling hoffnungsvoll und freudig entgegen. Nicht so in diesem Jahre! Schwere Besorgnis erfüllt das Herz, wenn man nun nach wie vor, trotz aller schönen Versprechungen, den Autobus in eine schneeweiße Zementwolke gehüllt, vorbeisausen sieht. Wie soll das im Sommer werden, wenn schon jetzt sobald die Sonne einmal die gewohnte Schlammschicht auf der Solidilitstraße trocknet, sich alle Bäume Sträucher, Gitter und Rasenflächen mit einer feinen Pulverschicht überziehen? Da ist uns das winterliche Schlammbad noch lieber, wenn die Leute in wilder Flucht vor dem alles beklecksenden Autobus davonrasen wenn die Damen in Panik auf das Geländer des Kanonengrabens flüchten: einmal versuchte sogar eine, in Verzweiflung an einer Gaslaterne hinaufzuklettern, um ihre neuen Strümpfe zu retten. Was bedeutet es gegen diese Zustände, daß die Sache „geräuschlos" vor sich geht! Außerdem — das Tuten hören wir nach wie vor. Kurz gesagt ist also das neue Pflaster einstweilen ein Danaergeschenk, das uns mehr Unangenehmes als Erfreuliches bringt. Darum ist eine andere Frühjahrsbitte wohl berechtigt: Verschont uns nach all' dem Geschilderten nun wenigstens mit den schauderhaften vorjährigen — Pekinggänsen! Es ist wahrhaftig trotz des geräuschlosen Pflasters gerade noch Radau genug am einst so stillen Kanonengraben. Warum also noch eine besondere Tortur für die geplagten Ohren ersinnen. Hatte der leere Autobus um Mitternacht seine letzte vergebliche Tour hinter sich, dann klangen im vorigen Sommer fürchterliche Trompetenstöße durch die stille Nacht. Etwa alle halbe Stunde setzte der volle Chor ein, ganz Jericho, ja jüngstes Gericht! Die ganze Nacht hindurch, bis die Hupe des ersten Autobus die armen Tiere wieder übertönte. Ist das unbedingt nötig? Das ist nächtliche Ruhestörung. Gebt uns „geräuschlose" Schwäne, dutzendweise, eventuell auch Enten, wenn's sein muß, aber keine Gänse!

Vermischtes.

* tu **Schlafwagenbrand im Nizza-Expreß.** Rom, 16. März. In dem Luxuszug Nizza—Wien geriet gestern abend ein Schlafwagen auf eine bis jetzt unerklärliche Weise in Brand und dieser Brand griff auf den zweiten Wagen des Zuges über. Die neun Passagiere in diesen beiden Wagen, von denen mehrere bereits zu Bett gegangen waren, konnten sich in die übrigen Wagen des Luxuszuges retten. Sobald der Brand bemerkt wurde, hielt der Zug auf freier Strecke an. Die beiden brennenden Wagen wurden abgekoppelt. So brannten sie vollständig aus

---

Das Revolutionsjahr 1848.

„Eine Ausstellung der Stadtbibliothek."

Dortmund, 12. März.

Die Stadtbibliothek und das ihr angegliederte Westfälisch-Niederrheinische Zeitungsinstitut haben aus Anlaß der hier stattfindenden Vorstandstagung des Pressevebandes für Rheinland und Westfalen im Vortragssaale der Stadtbibliothek eine Ausstellung veranstaltet, welche das Sturmjahr 1848 Wort und Bild vor Augen führt. Gerade das bedeutungsvolle Jahr der Märzrevolution ist gewählt, da es im eigentlichen Sinne das Geburtsjahr der modernen Presse ist. In diesen stürmischbewegten Zeiten hat sich nämlich zuerst die Pressefreiheit durchzusetzen vermocht. Zudem gewann damals die Zeitung zuerst ihren auch noch heute erhaltenen Charakter als Wortführer der öffentlichen Meinung, bzw. prägte ihn deutlicher aus, da sie sich damals von vielem behördlichen Zwange befreite. Zudem ist dieses Jahr auch die Geburtsstunde einer außerordentlich großen Reihe von Zeitungen. Schon aus diesem Grunde muß man, rein äußerlich betrachtet, die Wahl dieses Zeitpunktes gerade für Journalisten als eine glückliche betrachten. Die Durchführung dieser einheitlichen Idee der dieser Ausstellung ist aber auch konsequent innegehalten. Die hier zur Schau gestellten Blätter, Manuskripte und Bilder lassen eindrucksvoll das Gären dieser bedeutungsvollen Zeit vor unserem geistigen Auge erstehen.

Den Anfang dieser Ausstellung bilden Bilder aus der Zeit der stärksten Reaktion mit ihrem typischen Vertreter dem österreichischen Kanzler Fürst Metternich an der Spitze. Aber auch das Aufbegehren gegen diesen Druck zeigt sich schon in einer Ausgabe der „Konstanzer Seeblätter", des Organs der badischen Radikalen. Dann folgen Werke und Bilder der deutschen Freiheitskämpfer, hauptsächlich von Schurz und Blum. Es schließen sich Extrablätter der Berliner Blätter, so der „Vossischen Zeitung", der „Preußischen Parlamentszeitung", der „Demokratischen Zeitung", der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" usw. aus dem Jahre 1848 an. Wir finden dann Berliner Zeitungen, welche das Jahr 1848 erst hervorgerufen hat, so die „Demokratie", die „Republik", die „Constitutionelle Club-Zeitung", die „Berliner Zeitungshalle" und die „Berliner Bürgerwehrzeitung". Den politischen Kampf verkündet „Die Lokomotive", welche Held gegründet hatte, an der auch Corvin, der Stiefsohn des Dortmunder Gymnasialdirektors Thiersch, längere Zeit Mitarbeiter war. Sie ist mit einer „Charakterisierung der Tante Voß" vertreten. Mit viel Witz und Satire ist „Der Berliner Krakehler" geschrieben, der auf der ersten Seite schreibt: „Krakehler erscheint gar nicht, ist immer vergriffen und vergreift sich wöchentlich ein bis zweimal." Ihm schließt sich „Das Berliner Großmaul" an.

Von den stürmischen Märztagen in Berlin erzählen eine ganze Reihe von amtlichen Plakaten, wie die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten und Gouverneurs von Berlin am 10. März 1848, die Straßen zu räumen; die Bekanntmachung des Königs in der Nacht vom 18. zum 19., daß das Willkür von den Straßen und Plätzen zurückgezogen würde, und eine Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten vom 23. März, daß alle in privaten Pfandleihanstalten versetzten Pfänder mit keinem höheren Pfandschilling als 5 Reichstalern von der Staatskasse eingelöst würden. Andere Plakate von den Führern der Aufständischen wie Held und Blum fordern zu Volksversammlungen auf oder verlangen die Absetzung des Ministeriums. Dazwischen kommen die Extrablätter „Die Militärrevolution in Potsdam", „Die Revolution in Dresden", „Die Revolution in Frankfurt am Main". Dieses Bild von dem verworrenen Treiben in Berlin schließt wirkungsvoll die „Berliner Straßenzeitung, Maueranschläge für Ruhe und Ordnung" ab.

Eine prachtvolle Ergänzung zu diesem kulturhistorisch so bedeutungsvollen Bilde der damaligen Verworrenheit in Berlin bieten die humoristischen Berliner Extrablätter aus den Jahren 1848—1850, welche mit prachtvollen Karikaturen versehen sind, so „Reaktion verzieh dir! du bist schief gewickelt" von „Aujust Boddelmeyer, Dagesschriftsteller mit 'n jroßem Bart", vom selben Verfasser: „Die Theaterkessels in Frankfurt sind an dem janzen Skandal schuld", die wirkungsvollen Blätter „Nante im Parlament" und „Ministerken Juchhedewich! Nach Brandenburg, da jehn wir nich! Rück du mit deiner Rechten aus, die Linke bleibt im Schauspielhaus, von Otto Bohmhammel, Vize-Gefreiten von der Bürjerwöhr". Viel feine Satire und launiger Humor, ohne jedoch die ätzende starke persönliche Kampfesweise unserer Tage zu haben, bieten diese Blätter, wie auch die „Petition, wegen Rückberufung der Garden", der Berliner Tänzerinnen und ihre „Adresse an das Staatsministerium" in derselben Angelegenheit. Von Berlin schlugen die Wellen der Revolution von 1848 weiter in die Provinz. Davon künden der von Keil herausgegebene „Leuchtturm" mit seiner Beilage „Deutsche Reichsbremse", die Nr. 1 des satyrischen, humoristischen, heute noch bestehenden „Kladderadatsch" und „Die fliegenden Blätter". Als Organ, das sich dieser Bewegung entgegenstemmt, tritt uns „Der Soldaten-Freund, Vorwärts, Zeitschrift für faßbare Belehrung und Unterhaltung deutscher Soldaten" entgegen.

Die Dortmunder Stadtbibliothek ist stets bestrebt gewesen, eine Sammelstätte heimischer Kultur zu sein. Das zeigt sich auch deutlich in der reichen Sammlung, welche uns hier geboten wird. Die Führer in Westfalen sind durch Bildnisse und eine ganze Reihe von Original-Handschriften vertreten. Dem Dichter Freiligrath ist eine ganze Kose gewidmet. Wir finden Waldecks Bild, ein Lied, „Waldeck ist frei", gesungen nach der Melodie des Preußenliedes, „Feierklänge zu Waldecks Befreiung" und einen humoristischen Bogen mit glänzenden politischen Karrikaturen, Waldecks-Prozeß darstellend. Reich vertreten ist Friedrich Harkordt. Außer seinem Bilde und einigen Schreiben aus seiner Hand begegnen wir Harkordts politischen Schriften u. a. seinem „Briefe an die Arbeiter", „Friedrich Harkordt an die Handwerker", „Friedrich Harkordt an das Volk", „Offener Brief Harkordts an die Berliner". Wir finden hier „Harkordt und sein Wahlverein" und „Was ein Landmann zu dem Schreiben des Herrn Harkordt sagt". Auch der damalige Oberpräsident von Westfalen, Freiherr von Vincke, ist durch Portrait und Originalhandschriften vertreten.

Die damalige Gärung tritt uns lebhaft entgegen in den zahlreichen westfälischen Blättern. Im Dortmunder Wochenblatte" lesen wir die Berichte und Veröffentlichungen des „Constitutionellen Clubs" und des „Constitutionellen Bürgervereins". Der damals in Dortmund gegründete „Märkische Volksbote" trägt auf dem Titel die Devise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" und bringt eine Adresse des „Constitutionellen Bürgervereins" an den König. Die der Crüwell in Paderborn erschienene „Westfälische Zeitung" verkündet „Die Presse und Associationsrecht in Gefahr!" Die „Westfälische Volkshalle" in Münster feiert den Sieg über die Reaktion. Daneben finden wir Nummern des „Lippischen Volksblattes" in Detmold und der „Elberfelder Zeitung". Haben wir in der „Kölnischen Zeitung" die Berichte über die Märzvorgänge in Berlin gelesen, so fällt unser Blick auf die letzte erschienene Nummer, der von Marx und Freiligrath herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung", vom 30. 1. 1849. Sie ist ganz im roten Druck gehalten und bringt die bekannten „Abschiedsworte an die Leser". Wegen dieser Nummer wurde vollständig widerrechtlich und unschuldig damals verfolgt und in Haft gesetzt der „rote Becker", der später Oberbürgermeister von Dortmund und Köln war. Sein Bild leuchtet uns auch entgegen und ebenso finden wir seine Biographie von Hachenberg.

Daß die Katholiken von heute noch die gleichen Grundsätze wie früher haben, als es noch keine offizielle Zentrumspartei gab, beweist das in Paderborn erschienene „Westfälische Kirchenblatt für Katholiken" vom Jahre 1849. Das offengeschlagene Blatt enthält die Grundsätze von der Wahl und fordert auf, zu Abgeordneten „Westfalen von altem Schrot und Korn", nur gute Christen von einem festen, uneigennützigen Charakter zu wählen, welche die gegebene Verfassung anerkennen und wohl verbessern, aber nicht umstürzen wollen. Wir begegnen in diesem Blatte auch schon programmatischen Erörterungen über die soziale Frage.

Eine stattliche Reihe damaliger Lieder bilden den harmonischen Abschluß dieser interessanten Schau, durch welche in ganz vorzüglicher Weise ein so eindrucksvolles Bild der bedeutungsvollen Zeit der Märzrevolution geboten wird, wie es wohl selten gefunden wird.

[Das neue Beethoven-Archiv in Bonn.] Zum 100jährigen Gedächtnis von Beethovens Todestag am 26. März 1927 wird das Beethovenhaus in Bonn ein wissenschaftliches Forschungsinstitut eröffnen, das den Namen „Beethoven-Archiv" erhält. Die neue Forschungsstätte wird umfassen: Eine möglichst vollständige Beethoven-Bibliothek, die alles enthält, was über Beethoven und sein Werk veröffentlicht wurde; eine Sammlung sämtlicher Ausgaben von Beethovens Werken; Faksimile-Nachbildungen aller Dokumente und Akten aus staatlichen, städtischen und privaten Bibliotheken, Archiven und Sammlungen, welche für die Biographie und besonders für das künstlerische Werk Beethovens von Wert sind. Für die Musikwissenschaft wie auch für die Aufführungspraxis der Werke Beethovens wird es von hervorragender Bedeutung sein, daß das neue Beethoven-Archiv die vollständigen photographischen Aufnahmen sämtlicher erhaltener Musikhandschriften Beethovens enthält, und zwar sowohl der vollendeten Werke wie der Skizzen und Fragmente. Diese photographischen Aufnahmen sind im sogenannten Schwarz-Weiß-Verfahren in Originalgröße hergestellt und vermögen beim Studium die Originale zu ersetzen. Bei der Schaffung dieser photographischen Aufnahmen ging man von der Erwägung aus, daß Papier und Schrift, deren sich der Meister bediente, im Laufe der Zeit der Gefahr der Vernichtung anheimfallen, und daß es schon heute vielfach schwer genug ist, die ursprüngliche Schreibweise Beethovens, insbesondere Angaben über den Vortrag einzelner Stellen festzustellen. Wissenschaftliche Veröffentlichungen werden die wichtigste Lösung der Beethoven-Probleme in Angriff nehmen und damit der musikalischen Praxis dienen. Das neue Beethoven-Archiv wird in dem Hause Bonngasse 18 „Zum Mohren" untergebracht das sich im Besitze des Beethoven-Hauses befindet und im Innern unter Erhaltung der alten Straßenseite neuzeitlich umgebaut ist. In diesem Hause fand bekanntlich der Taufschmaus für den am 16. Dezember 1770 geborenen Ludwig van Beethoven statt. Hier wohnte die Patin Beethovens, die Frau Ratskellermeister Baum. Die Leitung des neuen Forschungsinstituts übernimmt der ordentliche Professor für Musikwissenschaft an der Universität Bonn, der auch zugleich dem musikwissenschaftlichen Institut an der Universität Bonn vorsteht. Die moderne Beethovenforschung erhält mit dem Beethoven-Archiv eine Heimstätte ersten Ranges, zu der die ersten Fachleute der Wissenschaft und der Praxis herangezogen werden.

[Niederrheinisches Musikfest in Aachen.]

Handel und Volkswirtschaft.

Arbeitslöhne in Amerika.

Ein Überblick über die gegenwärtige Lohngestaltung in den Vereinigten Staaten zeigt den außerordentlich starken Unterschied zwischen den Gehältern für Büroangestellte und den Löhnen für Handarbeiter. Gelernte Arbeiter erhalten im Durchschnitt das Doppelte bis Dreifache der Gehälter für Büroangestellte. Wenn man die hauptsächlichsten Kategorien der Gehaltsgruppen der Büroangestellten und der gelernten Handarbeiter gegenüberstellt, so ergibt sich folgendes Bild:

a) Büroangestellte:

	Durchschnittsgehalt pro Woche:
Adressenschreiber	$ 15,38
sonstige Schreiber	„ 19,38
Schalterbeamte	„ 21,41
Maschinenschreiber	„ 21,89
ältere Stenographen	„ 27,47
Schiffsstenographen	„ 27,84
Kassierer	„ 37,77
Hauptbuchhalter	„ 41,34
Bürovorsteher	„ 49,87

b) Handarbeiter:

	Tariflohn pro Woche:
Bauarbeiter	$ 36,30
Eisenarbeiter	„ 55,00
Gasarbeiter	„ 55,00
Zementarbeiter	„ 55,00
Zimmerleute	„ 55,00
Monteure	„ 58,00
Pflasterer	„ 66,00
Maler	„ 66,00
Maurer	„ 66,00.

Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, wie außerordentlich stark die Unterschiede in der Behandlung der Arbeiter und Angestellten sind. Diese Tendenz hat sich namentlich in den letzten Jahren verschärft und die Ziffern, die das amerikanische Handelsamt noch vor kurzem für den Durchschnittsverdienst der Büroangestellten mit 25 Dollar pro Woche und mit 27,25 Dollar für den Handarbeiter errechnete, haben kaum noch Berechtigung. Dabei hat sich der Anteil der Büroangestellten in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren stark gehoben. Während er im Jahre 1910 noch 4,6 Prozent der gesamten Beschäftigungsziffer betrug, ist er Anfang 1927 auf 8,9 Proz. gestiegen. In Industrie und Bergbau haben sich die Ziffern dagegen wenig verändert; der Ackerbau zeigt jedoch einen Rückgang des Beschäftigungsanteils von 33,2 Prozent im Jahre 1910 auf 24,5 Prozent im Jahre 1926.

Natürlich ist diese einigermaßen ungesunde Überspannung der Löhne für Handarbeiter ein Ausfluß der Konjunktur in den Vereinigten Staaten gewesen. Der Boom in der Bauindustrie hat die Löhne für Bauarbeiter immer höher getrieben, und die gute Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie hat ein Übriges dazu getan. Man wird jedoch damit rechnen können, daß sich dieses Bild eines Tages ändern wird.

Essener Kurzenbörse.

tu **Essen**, 16. März. **(Tel.)** Die heutige Essener Börse verlief in sehr ruhiger Haltung bei kleinem Geschäft auf allen Marktgebieten. An Steinkohlenkuxen war Umsatz in Karoline, plus 100 Mark, Ewald plus 500 Mk., Heinrich minus 100 Mark, und König Ludwig minus 400 Mk. Kohlenaktien fast ohne Geschäft, nur Lothringen zu einem um 1 Prozent abgeschwächten Kurs mehrfach im Handel. Niederrheinische Bergwerk minus 5 Prozent im Verkehr. Vereinigte Stahlwerke notierten 145 Geld zu 146 Brief. Braunkohlenwerte vollständig ohne Geschäft. Von Kalikuxen fand Umsatz statt in Hedwigsburg zu letzten Preisen und Hope, die 100 Mark gebessert waren. Die übrigen Notierungen waren unverändert. Von Kaliaktien war nur Geschäft in Kalindustrie, die etwa 2 Prozent im Kurse nachgaben. Adler, Kali und Krügershall verloren bis zu 3 Prozent, während Neustaßfurt und Wittekind je 1 Prozent schwächer lagen. Von Industrieaktien war Geschäft in Providentia, Rheinische Linoleum und Maschinenfabriken Balcke zu gut gehaltenen Kursen.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg**, 16. März. **(Tel.)** Kaffee: Brasilofferten waren kaum verändert. Von hier sind keine Preisveränderungen zu berichten. Kakao: Unter dem Einfluß der schwachen Newyorker Terminkurse legte man sich hier Zurückhaltung auf. Accra good fermented lag schwächer, während Bahia und Spezialsorten stetig blieben. Accra good fermented notierte 77,6, April—Mai 77, Bahia superior 85, April—Mai 84, superior sommer arriba 97. Reis: Bei ruhigem Geschäftsverkehr konnten die Preise sich behaupten. Auslandszucker: Bei abwartender Tendenz infolge der kaum veränderten Auslandsnotierungen konnte sich nur kleines Geschäft abwickeln. Preisveränderungen sind nicht zu melden. Schmalz: Tendenz stetig. Amerikanisches notierte 31, amerikan. raffin. 32—32¼, Hamburger Schmalz 37½ Dollar je 100 Kg. netto. Mehl: Tendenz ruhig. Weizenauszugsmehl hies. Mühlen 44—44¼, Bäckermehl hies. Mühlen 39—39½, Auszugsmehl inl. Mühlen 38,5—40,5, Weizenmehl inländischer Mühlen 32—34, Weizenmehl amerikan. 7½—8¾ Dollar; 70prozentiges Roggenmehl hies. Mühlen 36—36½—38, Roggenmehl hies. Mühlen 28½—29¾, 70prozentiges Roggenmehl inländ. Mühlen 26½—27½, Roggengrobmehl inl. Mühlen 26½—27½. Getreide: Die Abschwächung machte Fortschritte. Bei ruhigem Geschäft konnten die Preise nur als nominell angesehen werden. Hülsenfrüchte: Am Lokomarkt kam kleines Geschäft zustande, wobei die Preise unverändert blieben. Futtermittel: Es besteht wieder etwas Interesse für Hafer, dem ausreichende Angebote gegenüberstanden. Die Preise hielten sich auf der gestrigen Höhe. Öle und Fette: Der Markt lag ruhig bei unveränderten Preisen. Chemikalien: Der Markt verkehrte in unverändert ruhiger Haltung. Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig.

Amerikanische Getreidenotierungen.

tu **Chicago**, 16. März. **(Tel.)** Schlußkurse

		16. 3.	15. 3.			16. 3.	15. 3.
Weizen	Mai	138¼	137⅝	Hafer	Mai	45⅝	45⅜
	Juli	132⅞	133¼		Juli	46⅛	45⅜
	Sept.	130⅜	129⅝		Sept.	44⅝	44⅜
Mais	Mai	77⅛	76⅞	Roggen	Mai	103⅜	104⅛
	Juli	81½	80⅞		Juli	101¾	101½
	Sept.	84⅛	84⅝		Sept.	97⅜	96½

tu **Newyork**, 16. März **(Tel.)** Schlußkurse.

	16. 3.	15. 3.		16. 3.	15. 3.
Weizen 2, rot	146¼	145¾	Roggen, exp.	114⅜	114
hart	121¼	15 2/4	Mehl, clacr pat.	6,90	6,90
Mais 2	86½	84⅞	Getr.-Fr. n. Engl.	2	2
Hafer 3	56½	55⅞	dto. nach d. Kont.	15	15

Metallnotierungen.

tu **Hamburg**, 16. März. **(Tel.)** Silber Brief 76,5, Geld 75,5; Zink, Brief 62,5, Geld 61,75. Terminnotierungen. Kupfer: März Brief 119,25, Geld 118,25; April Brief 119, Geld 118,5; Mai Brief 119,25, Geld 118,75; Juni Brief 119,5, Geld 118,75; Juli Brief 119,5, Geld 119; Aug. Brief 119,25, Geld 119; Sept. Brief 118,75, Geld 118,25; Okt. Brief 119, Geld 118,5, Nov. Brief 119,25, Geld 118,75; Dez. Brief 119,5, Geld 119,25; 1928: Jan. 119,75, Geld 119,25; Febr. bez. 120,25, Brief 120,25, Geld 120. Tendenz: fester. Zinn: März Brief 638, Geld 628; April Brief 625, Geld 620; Mai Brief 616, Geld 610; Juni Brief 612, Geld 607; Juli Brief 608, Geld 602; Aug. Brief 603, Geld 598. Tendenz: fester.

tu **London**, 16. März. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kasse 56—56⅛; dito per drei Monate 56½—56⅝; Elektrolytkupfer per Kasse 62⅞—63⅛; dito per drei Monate —; Best Selected 61 bis 62¼; Zinn Standard per Kasse 314½—314¾; dito per drei Monate 301¼—301½; Blei per Kasse 28⅛; dito per drei Monate 28⅝; Zink per Kasse 31⅛; dito per drei Monate 31¼; Silber 25 3/16; dito per drei Monate 25; Geld 84,11¼.

Baumwollnotierungen.

tu **Liverpool**, 16. März. **(Tel.)** Schluß. März 7,25; Mai 7,35; Juli 7,50; Oktober 7,57; Dezember 7,61; Januar 7,63. Tendenz: stetig. (10 000 Umsätze.)

tu **Newyork**, 16. März. **(Tel.)** Eröffnung. März 13,70 bis 13,71; Mai 13,84—13,86; Juli 13,99—14,01; Oktober 14,17 bis 14,18; Dezember 14,30—14,33; Januar 14,30. Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 16. März. **(Tel.)** Zweites. März 13,70; Mai 13,83; Juli 13,99; Oktober 14,14; Dezember 14,29; Januar 14,30. Tendenz: stetig.

tu **Newyork**, 16. März. **(Tel.)** Schluß. März 13,83; Mai 13,95—96; Juli 14,10—13; Oktober 14,26—28; Dezember 14,43; Januar 14,43—44; Loko 14,10. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 16. März. **(Tel.)** Eröffnung. März 13,84, Mai 13,85; Juli 13,95; Oktober 14,04; Dezember —; Januar —. Tendenz: stetig.

tu New Orleans, 16. März. (Tel.) Zweites. März 13,81; Mai 13,84; Juli 13,95; Oktober 14,09; Dezember 14,14; Januar —. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 16. März. **(Tel.)** Schluß. März 13,96; Mai 133,96—99; Juli 14,09—11; Oktober 14,18; Dezember 14,30; Januar 14,32. Loko 13,95. Tendenz: gut behauptet.

Erhöhte Wollpreise in London.

Die zweite Versteigerungsserie der Londoner Kolonialwollauktionen begann, laut Londoner Drahtbericht des „Konfektionär", am 15. März bei sehr reger Käuferkonkurrenz und ausgesprochen fester Preisbildung, die sich bei den meisten Sorten in Preissteigerungen bis zu 10 Prozent auswirkte. Angeboten wurden insgesamt 10 923 Ballen, hiervon unter anderem 2724 Ballen Neusüdwales und Queensland-Wollen, 2137 Ballen westaustralische Wollen, sowie 2928 Ballen Punta-Arenas-Wollen. Neben den bekannten Hauptkonkurrenten Deutschland und England standen an dem Eröffnungstage auch russische und französische Käufer im Vordergrunde des Wettbewerbes.

Nachstehend einige Standardnotierungen des ersten Auktionstages: Neusüdwales und Queensland: scoured Merinokammwollen 34 bis 42½, Lammwollen 24—24½, Merinokammwollen im Schweiß 20—32, Vließwollen 19½—20, Lammwollen 16; Victoria: scoured Merinokammwollen 36—44, Lammwollen 27½, Comebackwollen 21 bis 33, scoured Kreuzzucht-Lammwollen 16—30, Comebackwollen 21 bis 28; Westaustralische: Merinokammwollen im Schweiß 19—25; Lammwollen 15; Neuseeland: scoured Kreuzzuchtkammwollen 24½, Kreuzzuchtkammwollen im Schweiß 13¾—23; TBS-Melbourne: Kammwollen 30—33; Glenmore: scoured Merinokammwollen 39 bis 40; Orientalr. scoured Merinokammwollen 42—44, dito Lammwollen 30—33. Die Preise verstehen sich in Pence per egl. lb.

Von Austral- und Neuseeland-Wollmärkten.

Die australischen Wollauktionen eröffneten am Montag, den 14. März wieder bei lebhafter Käuferkonkurrenz und fester Preisbildung. Sydney versteigerte an diesem Tage laut Londoner Drahtbericht des „Konfektionär", 10 150 Ballen bester Wollen, Merinoschweißwollen notierten bis zu 32½, Comebackwollen 26¾ und Kreuzzuchtwollen 23½ Pence per engl. lb. — Am gleichen Tage wurden in Melbourne 7275 Ballen Wolle bei guter Konkurrenz versteigert. — In Christchurch gelangten bei starker Beteiligung seitens deutscher und französischer Käufer 13 000 Ballen zur Versteigerung. Halbzuchten kosteten 21½ Pence per engl lb.

Handelsnachrichten.

15 Prozent Dividendenvorschlag der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken. Elberfeld, 16 März. (Tel.) Der Aufsichtsrat der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G. in Elberfeld hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der auf den 7. April einzuberufenden Generalversammlung bei reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 15 Prozent vorzuschlagen.

Glasurit-Werke M. Winkelmann A.-G. Hamburg-Hiltrup. In der Generalversammlung war das gesamte Aktienkapital vertreten. Der vorgelegte Jahresbericht und die Bilanz wurden einstimmig genehmigt und Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt. Das turnusgemäß ausscheidende Aufsichtsratmitglied Rechtsanwalt Dr. Hermann Naumann wurde einstimmig wiedergewählt. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu erwähnen: Das Geschäftsjahr war lebhaft. Großes Interesse bestand für die im Vorjahre neu aufgenommenen Nitrocellulose-Spritlacke, die unter dem Namen „Glasso" in den Handel gebracht werden. Der Umsatz in Glasso das sowohl für die Eisenbahn-, die Automobil- sowie die Piano- und die übrige holzverarbeitende Industrie in Frage kommt, nahm schon einen bedeutenden Teil des Gesamtumsatzes ein. Das Öllackgeschäft das unter einem ungesunden Konkurrenzkampf zu leiden hat, war auch als befriedigend zu bezeichnen. Von dem Reingewinn wurden nach Abzug der Tantieme Mk. 70 000,— dem Reservefonds zugeführt und Mk. 5 323,06 auf neue Rechnung vorgetragen.

Vor einer Fusion zwischen der Baumwollspinnerei Erlangen und der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg. Die seit einiger Zeit schwebenden Fusionsverhandlungen zwischen den beiden Gesellschaften sind, wie die F. Z. erfährt, jetzt soweit gediehen, daß der Fusionsplan Mitte der Woche den Aufsichtsräten unterbreitet werden soll. Soweit bisher zu übersehen ist, dürften die 5 Mill. RM. Bamberg-Aktien im Verhältnis 4:3 in die Erlangen-Aktien (bisher A.-K. 6,57 Mill. RM.) umgetauscht werden. Die maßgebender Aktienposten beider Gesellschaften befinden sich im Besitze der bekanntlich mit der Erlanger Gesellschaft befreundeten Stuttgarter Textil-Großfirma W. Wolf u. Sohn, so daß wesentliche Abänderungen des Fusionsplanes durch den Aufsichtsrat nicht zu erwarten sind.

Aus dem Reiche des Rundfunk.

Rundfunkprogramm der westdeutschen Sender.

Es bedeutet La: Langenberg, Mü: Münster, Do: Dortmund El.: Elberfeld. Der Sendeort ist ausgeschrieben; in der Klamme wird der Sender abgekürzt genannt.

Langenberg Welle 468,8; Münster Welle 241,9; Dortmund Welle 283 aus den Senderäumen Köln, Düsseldorf, Münster, Dortmund, Elberfeld.

Donnerstag, 17. März. 1.30: Köln (für La, Mü, Do): Kammermusik. Einf. Worte: Dr. Anheißer. Schubert: Erstes Trio B-dur. — Arensky: Trio D-moll. ⊙ 3.45: Dortmund (für Do, Mü): Stunde der Jugend (Veranst. für die Schulen). ⊙ 4.30: nur Münster: Bücherfunk. ⊙ 4.30: Elberfeld (für La, Do): Die untergegangene Atlantis in Wissenschaft und Dichtung. 4. Vortr.: Die Atlantisdichtung Gerhart Hauptmanns. ⊙ 5: Köln (für La, Mü, Do): Lieder, Chöre und Instrumentalsoli. Ausführende: Dora Wenig (Alt), Lucy Goetzer (Sopran), Dodja Feldin (Cello), der Chor des Westd. Rundfunks. ⊙ 6.10: Köln (für La): Generaldir. Eich: Die Kölner Messe und ihre Bedeutung. ⊙ 6.10: Münster (für Mü, Do): Regierungsbaurat Jacobn: Das Bauen auf dem Lande. ⊙ 6.35: Münster (für Mü, La, Do): Prof. Stachlin: Die deutsche Jugendbewegung. ⊙ 7.15: Düsseldorf (für La, Mü, Do): Dr. Roth: Anerkennung der Frühkartoffel in Holland. ⊙ 7.40: Köln (für La, Mü, Do): Prof. Sperber: Gutes Deutsch! ⊙ 8.15: Köln (für La): Orchesterkonzert. Leit.: Rapellm. Dr. Buschkötter. Einf. Worte: Dr. Anheißer. Moizkowsky: Ballettmusik aus Boabdil. — Drigo: Suite aus Harlekins Millionen. — Tschaikowsky: Ballettmusik. — Dohnanyi: Suite aus der Pantomime: Der Schleier der Pierrette. ⊙ 8: Münster (für Mü, Do): Uebertr. des 7. städt. Abonnementskonzerts aus Herford. Leit.: Musikdir. Fr. Quest. Solisten: Hans und Lene Bruch. Mozart: Konzert für zwei Klaviere. — Bruckner: 8. Sinfonie C-moll. ⊙ 10.20: Köln (für La, Mü, Do): Tanzmusik.

Vereine und Veranstaltungen.

Münster, 17. März.

Blomenkamps. Die nächsten Aufführungen finden statt: Donnerstag, 17. März, abends 8 Uhr; Samstag, 19. März, abends 7 Uhr; Sonntag, 20 März, abends 7½ Uhr; Dienstag, 22. März, abends 8 Uhr; Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr. Vorverkauf in der Buchhandlung Greve, Drubbel; abends an der Kasse soweit vorrätig.

Männergesangverein „Constantia" e. V. Donnerstagabend 8½ Uhr wichtige Gesangstunde. Pünktliches Erscheinen Ehrenpflicht.

Sauerland-Heimatbund. Die diesjährige Generalversammlung des Sauerländer-Heimatbundes, Ortsgruppe Münster, findet am 17. d. Mts., abends 8½ Uhr im Vereinslokal Hotel Monopol statt. Vollzähliges Erscheinen (nur Mitglieder) ist unbedingt wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwünscht.

Hausfrauenverein. Auf vielfachen Wunsch Mitgliederversammlung am 22. März, nachmittags 4 Uhr, im Schützenhof. Aussprache über wichtige Hausfrauenfragen (u. a. Markthalle).

Verantwortlich für den Allgemeinen Teil **Paul Koene**, für Politik **Heinrich Heilemann**, für Kunstkritik **Dr Rudolf Predeek**, für Feuilleton **Dr. Gottfried Hasenkamp**, für Handel und Sport **Josef Engbers**, für Inserate **Anton Busch**, sämtlich in Münster. Druck und Verlag der **Aschendorffschen Verlagsbuchhandlung Münster i. W.**

„Seit 30 Jahren verwende ich Javol."

„Ich habe Ihr Javol seit 20 Jahren mit bestem Erfolg verwendet . ." „. . . bin ich wieder zu meinem alten

JAVOL

das ich, seiner Wirkung nach zu urteilen, für das Beste halte, zurückgekehrt." — „Ich war tatsächlich überrascht, Schuppen, Schinn sind weg . ." — „Es ist das einzige Mittel, das dem Haarausfall vorbeugt."



So lauten die Anerkennungen. Auch Sie tun gut daran, zur regelmäßigen Haarpflege das zuverlässige Kräuterhaarwasser „Javol" und zur Haarwäsche „Javol - Gold - Kopfwaschpulver" zu verwenden!

Exterikultur, Ostseebad Kolberg.

Tapeten

in größter Auswahl billig und gut bei

Fischer

Wolbeckerstr. 42

Kräftige Weiden-Stecklinge

der sehr ertragreichen u. bewährten h3994 g

Königshanfweide

1000 St. zu 5 Mk. hat abzugeben

Miele,

Winterschuldirektor a. D.

Warendorf

Tisch-Linoleum

sehr preiswert.

Rodenstein

Münster i. W. Klosterstraße 1 a Telephon 623.

ft171a

Bootshaus

an der Werse zu kaufen gesucht. Evtl. kommt auch langfristige Pacht oder nur ungenierte Unterstellmöglichkeit für ein empfindliches Boot in Frage. Offert. unt. Nr. 3778 an Anzeigen-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.** *

Schweine- u. Inventar-Verkauf.

Samstag, d. 19. März cr., nachmittags 3 Uhr werden für Hrn. Gutsbesitzer **Wiggering-Holtrup** zu **Greven**, Westerode:

5 hochtrag. Schweine,

1 Breitdreschmaschine, 1 guter Kutschwagen (Halbverdeck), 1 Waschmaschine, 1 Partie Bettzeug, als Oberbetten, Unterbetten u. Kissen, mehrere Bettladen, teils mit Matratzen und Kissen 1½ Dtzd. Rohr- und Binsenstühle, 2 fournierte Spiegelschränke, 1 Anrichte, 1 Kochmaschine, mehr. Lorbeerbäume in Fässern usw. r9806)

freiwillig meistbietend gegen Kredit und Bürgschaft verkauft.

Das gebrauchte, gut erhaltene Inventar kann 1 Stunde vorher besichtigt werden.

Hermann Tenbahl,

beeid. Auktionator,

Roxel.

Haus-Verkauf

Dienstag, den 22. März ds. Js., vormittags 10 Uhr, werde ich im Iseim. Auftrage des Herrn **W. Rönnebrink** zu **Buldern**, Strecke Wanne—Münster, seine daselbst gelegene Besitzung Nr. 86, geräumiges **massives Wohnhaus mit Stallungen**, an Ort u. Stelle öffentlich meistbietend zum Verkaufe ausstellen.

Das Haus, zinssteuerfrei hat eine gute Geschäftslage. Lebensmittelbranche 2c. f71)

Caspar Hoehr,

beeid. Aukt.,

Hiddingsel.

Tapeziere Zimmer

v. 12 Rollen, mit Decke streichen, 15 Mk. Off. unter H A 846 an die Geschäftsstelle. *

Bauplatz

in Münster oder nächster Umgebung zu kaufen gesucht. Offert. unt. L M 849 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Haustausch!

Tausche mein im Kreuzviertel gelegenes herrschaftl. 4-Familien-Haus gegen Haus mit Laden im Innern der Stadt. Offerten unter E F 843 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *

Ausbesserungen

an Badeöfen, Klosett- u. Wasseranlagen werden gut u. billig ausgeführt von arbeitslosem Installateur *6588

Dahlweg 24.

Verloren & Gefunden

Braune Jagdhündin zugelaufen!

Südstraße 67, unten.*

Offene Wohnungen

Großes, gut. **möbl. Zimmer** mit Morgenkaffee an solid. Herrn zu vermieten. Das. auch ein **kleiner Zimmer** abzug. Diepenbrockstr. 21, I.*

Kreuzviertel!

2 schöne, große, leere **Frontzimmer** an einzelnen Herrn oder auch für stilles Büro per 1. April zu vermiet. Offt. u. A B 839 an Gesch. *

Laden-lokal

in bester Geschäftslage, **zu vermieten.**

Mietssensale.

Bogenstr. 19. f1101)

Gut möbl. **Wohn- u. Schlafzimmer**, m. elektr. Licht u. heizbar, sofort oder z. 1. April an bess. Herrn zu verm. Morgenkaffee u. Klavierben. Näh. Geschäft. *6578

Gesuchte Wohnungen

Studentin sucht zum 1. 5. elegant *

möbl. Zimmer

in besser. Hause. Klavierbenutz. erwünscht. Offert. unt. Nr. 3777 an Anzeig.-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.**

1 oder 2 leere Zimmer, auch Mansarde, evtl. gegen Hilfeleist. sofort zu mieter ges. Dringlichkeitskarte vorh. Offt. u. M O 850 an Gesch. *

Junges Ehepaar sucht

Wohnung

von 2 Z. u. Küche evtl. auch 1 Zimmer u. Küche gegen gute Miete *e Offerten mit Preis u. L M 1665 an die Ge d.

1-2 Räume

mit ca. 50 qm Bodenfläche, von christl. Verein für dauernd zu mieten gesucht. Angebote unter P P 834 an die Geschäftsstelle. *

Ladenlokal

in verkehrsreicher Lage zu mieten gesucht. Offt. unter F G 844 an die Geschäftsstelle. *

Offene Stellen

Suche zum 1. oder 15. April ein h3999)

Kinderfräulein

für meine 3 Knaben in der Hauptsache für den Kleinsten von 1½ Jahren. Selbig muß schon in ähnlicher Stellung tätig gewesen sein und gute Zeugnisse aufweisen können sowie auch im Nähen erfahren sein. Offerten mit Gehaltsanspr. erbet. an h3999)

Frau Bernard Linde,

Rheine i. W., Poststr. 22.

Tüchtiges, zuverläss.

Alleinmädchen,

nicht unter 25 Jahren, das schon in herrschaftl. Häusern gedient hat, kochen kann und über beste Zeugnisse verfügt, für Haushalt mit 2 Kindern zum 1. April gesucht. *6571

Warendorferstr. 103, 2 Treppen.

Zuverläss. Mädchen gesucht. *

Elle, Lazarettstr. 23, I.

Junge Mädchen,

15—16 Jahre alt, für Geschäftshaushalt zum 1. April gesucht. *6587

Herm. Mense,

Hammerstraße 55.

Mittlerer Landwirt, Witwer, im Kreise Lüdinghausen, sucht für seinen kinderlosen Haushalt eine tücht., kath.

Haushalterin

v. 40—50 Jahren, zum 1. April. Daselbst auch ein kath. **Junge** von 15 bis 16 Jahren für landwirtschaftl. Arbeiten gesucht. Offt. unt. T T 5290 an Geschft. h4080

Suche zum 1. April ein tüchtiges, ehrliches und zuverlässiges

Mädchen

für Privathaushalt von 3 Personen. Gute Zeugnisse erforderlich. Offt. unter 1231 an die Buchhandlung **H. Ganz, Horstmar.** h4074

Ehrliche *

— Putzhilfe —

mit guten Empfehlungen Dienstags u. Freitags von 9—11 Uhr gesucht. Offert. unter K K 1800 an Geschft.

Suche zum 1. April oder später ein junges

— Mädchen —

vom Lande, unter 20 Jahren, für Haus- und Gartenarbeit. Selbiges findet Gelegenheit, die Küche zu erlernen. * Näheres Albersloherweg 65.

Bestempfohl., gesund., kathol. *

Alleinmädchen,

kinderlieb, für herrsch. Haushalt zum 1. April oder früher gesucht. Waschfrau vorhanden. Engelstraße 24.

60 Mk. Wochenlohn

oder 50% Provision erhält jed. durch den Verkauf meiner Fabrikate. Muster kostenlos.

Rudolf Klöckner, Erbach im Odenwald.

Für Landwirtschaft gesucht: h4077

1 Junge v. 16 Jahren und 1 Junge v. 14 Jahren.

Gerh. Weitzen,

Drensteinfurt i. W. Eickendorf 1.

Suche für sofort ein, ledigen, ehrlich., kath.

Mann

zur Beaufsichtigung ein. Geflügelfarm. Kost u. Logis daselbst. Angeb. mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 3780 an Anzeig.-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.** *

16—17 jähriger

Junge

für landwirtsch. Arbeiten gesucht. f47

Julius Blomberg,

Greven, Westerode.

Für sofort einige in Gurkenkreiberei erfahrene, kath. h4076

Gärtnergehilfen

gesucht.

Hubert Brinkrup,

Dortmund,

Abteilung Gartenbau.

Junger

Friseurgehilfe

zum 1. April gesucht. e

Jos. van Alen,

Rheine, Elterstr. 82

Friseurgehilfen

Stelle zu Anfang April für mein neues Unternehmen noch tüchtige

I. Kräfte ein

Jos. Gesterkamp,

Hammerstraße 23

Damenfrisiersalon.

*659e

Suche wegen Erkrankung des jetzigen sofort einen h4089

ersten Ackerknecht,

nicht unter 18 Jahren, der gut mit Pferden umgehen kann. Guter Lohn und Behandlung wird zugesichert.

Frau Wwe. Weitkamp, Amelsbüren.

Tüchtiger h4083

Maurerpolier

für mittler. Baugeschäft sofort gesucht.

H. Gerdink,

Baugeschäft,

Nordhorn

(Grafschaft Bentheim).

Tel. 243.

Kleider-fabrik

vergibt **Vertretung.** Art. Joppen, Hosen, Sportkost. Loden, Lüster, Baumwollw. Nur gut eingeführte Herren wollen sich meld. Off. u. K. d. U. 4128 befördert **Rudolf Mosse, Bielefeld.** f57

Gesuchte Stellen

Welche Schneiderin

würde ein schulentlassenes Mädchen, Kind braver Eltern, mit guten Empfehlungen, zu April oder später **in die Lehre nehmen?** Offt. unt. Nr. 3776 an Anzeig.-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.** *

Junges Mädchen,

in Küche und Hausarb. erfahren, sucht zum 15. 4. Stelle da es sich gern verändern möchte.

Offert. unt. Nr. 3779 an Anzeig.-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.** *

Kaffee- und Kolonialwaren-Großhandlung sucht zum 1. 4. einen

Lehrling

mit Obersekundareife. Selbstgeschriebene Offt. unter Nr. 7007 an Anz.-Ann. **Korte, Michaelisplatz 7—8.** f76

Gesuchte Stellen

Landwirt bei Münster sucht zum 1. 4. oder später ein kath., im Haushalt und allen Arbeiten erfahrenes *6589

— Mädchen —

bei hohem Lohn und Familienanschluß. Off. u. K L 848 an Geschft.

Suche für meine 17jährige Tochter, welche ab Ostern das Lyceum besuchen wird, **Kost u. Logis mit Familienanschluß.** Bevorzugt wird Privathaus, wo gleichalterige junge Mädchen sind. h4073

Offert. unt. O O 5286 an die Geschäftsst.

Suche für sofort eine Stelle als *

Schneidergehilfin.

Bin auch in Mäntel u. Kostümen bewandert.

Off. unt M M 1802 an die Geschäftsstelle.

Junger Bäckergeselle

sucht für sofort oder später *

— Stellung. —

Offert. unt. D E 842 an die Geschäftsstelle.

32 jähr., kräft. Mann, ledig, sucht Stelle als

Lagerarbeiter oder Heizer.

Nähe Münsters bevorzugt. Angeb. unter Nr. 890 an Buchhandl. **Müllner, Nordwalde,** erbeten. f58

Kath. Landwirtssohn,

28 Jahre alt, sucht zum 1. 4. oder 15. 4.

Stellung als Stütze

des Prinzipals. Offert. unter B B 5292 an die Geschäftsstelle. *

Kath. Landwirtssohn

sucht Stellung als *

Eleve.

Größeres Gut bevorzugt. Offerten unter B A 5293 an die Geschäftsstelle dss. Bl.

Zu kaufen gesucht

1—1½ Tonnen, *

Lieferwagen,

fahrbereit, gegen Kasse zu kaufen gesucht. Offt. unter W W 837 an die Geschäftsstelle.

Ein junges, zuverläss., mittelschweres *

Pferd

vom Landwirt zu kaufen gesucht. Offert. u. B B 838 an Geschft.

Zu verkaufen

— Gartenmöbel —

billig abzugeben.

Wredt 20, 1. Et.

Fast neues *

Grammophon

mit Platten billig zu verkaufen.

Margarethenstr. 18, III. Etage. Besichtig. von 7—10 Uhr.

Fast neuer f1250)

Küppersbusch - Tiefbunkerd, Ruberus-Ofen, alt. Küppersbusch - Dauerbrenner, elektr. Lampen

umzugshalb. abzugeben. Besichtigung 9—4 Uhr.

Dr. Kerstiens

Langenstraße 15.

Ein noch guterhalt., **rotes Plüschsofa** wegen Platzmangels preiswert zu verkaufen. *

Maximilianstraße 3, unten.

Gebrauchter

Gleichstrom-Motor,

½ PS., mit Anlasser, gut erhalten, billig zu verkaufen. Offert. unter B B 1799 an Geschft. *

Zu verkaufen:

Gebr. Kochherd für 10 Mk., **Joppenanzug** für 15 Mk., neuer **Mantel** Gr. 44, für 15 Mk., Wollkleider, Gr. 48, St. 4 Mk. Beschlig. nachmittags, Näh. Geschft. *

Gelegenheitskauf!

Schön. Speisezimmer dkl. Eiche, solide Arbeit sofort gegen Kasse zu verkaufen. Offt. unt. B C 840 an Geschft.

Rosen,

hochst., mit schön. Kronen St. 1.80, 10 Stck. 17, 100 St. 160 Mk. Trauerrosen, Beerenst. Birnenhochst. empfiehlt billigst h399

Joh. Niemarkt,

Südlohn i. W.

Grau- und Tempergießerei Maschinenfabrik sucht eingeführten branchekundigen

Vertreter

für Münster-Osnabrück. Angebote erbeten unter **W B 856** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

2 Büroräume

nahe am Hauptbahnhof in modern eingerichtetem Bürohaus **sofort zu vermieten.** f1248

Offerten unter **O O 833** an die Geschäftsstelle.

Ist Bohnenkaffee schädlich?

Die einen sagen „ja", die andern sagen „nein". Was sollen Sie nun glauben?

Sie brauchen sich um diese Frage garnicht mehr zu kümmern, wenn Sie Kathreiners Malzkaffee nehmen. Der ist bestimmt gesund. Jeder Arzt wird es Ihnen gern bestätigen.

Und was doch heute auch sehr wichtig ist: 1 Pfundpaket kostet nur 50 Pfg.

Wenn Sie Kathreiners Kneipp-Malzkaffee noch nicht kennen sollten, so probieren Sie ihn bitte einmal eine Woche lang. Er wird auch Ihnen sehr gut schmecken.

33 Millionen Tassen „echter Kathreiner" werden täglich allein in Deutschland getrunken! Wie gut muß er sein!